

Deutsche Allgemeine Zeitung.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! •

Sonnabend,
22. März 1879.

Inserate

finden an die Expedition in
Leipzig zu haben.

Inseritionsgebühr

für die Spaltenzeile 20 Pf.
unter Eingangs 20 Pf.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung. Alle auswärtigen Abonnenten (die bisherigen wie neuereintretende) werden ersucht, ihre Bestellungen auf das nächste Vierteljahr baldigst bei den betreffenden Postämtern aufzugeben, damit keine Verzögerung in der Versendung stattfinde. Der Abonnementspreis ist beträgt vierteljährlich 7 M. 50 Pf.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sucht ein treues Bild der Zeitgeschichte zu liefern und den täglich in reicher Fülle zuströmenden Stoff ihren Lesern in möglichster Ausführlichkeit und doch in gesichteter Auswahl darzubieten. Sie nimmt in dieser Beziehung eine Mittelstellung zwischen den noch umfangreicheren Zeitungen und den Provinzial- oder Localblättern ein, und glaubt damit den Wünschen eines großen Theils der Zeitungsleser nachzukommen. Für die nächste Zeit werden außer den allgemeinen Angelegenheiten Europas und der andern Welttheile insbesondere die Verhandlungen des Deutschen Reichstages vielfachen Stoff der Berichterstattung und Besprechung bieten.

Die politische Richtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird nach wie vor dieselbe sein: sie ist ein entschieden freisinniges, nach allen Seiten unabhängiges Blatt, das seine Überzeugung offen und rücksichtslos vertheidigt, aber auch den Gegnern Gerechtigkeit widerfahren lässt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint nachmittags 4 Uhr, resp. (mit telegraphischen Börsenberichten) 5½ Uhr. Nach auswärts wird sie mit den nächsten nach Er scheinen jeder Nummer abgehenden Posten verhandt.

Inserate finden durch die Deutsche Allgemeine Zeitung, welche zu diesem Zwecke von den weitesten Kreisen und namentlich von den größeren industriellen Instituten regelmäßig benutzt wird, die allgemeinste und zweitmögliche Verbreitung; die Inserationsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Zeile unter „Ankündigungen“ 20 Pf., einer dreimal gespaltenen unter „Eingangs“ 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Wiesbaden, 20. März. Der hier tagende Kommunaltag hat einen Antrag, in welchem die Regierung um die Einführung von Schuhbößen ersucht wird, mit 12 gegen 5 Stimmen angenommen.

* Braunschweig, 20. März. Von dem vereinigten Magistrats- und Stadtverordnetencollegium ist heute der bisherige Polizeidirector Pockels zum Oberbürgermeister gewählt worden.

* München, 20. März. Der Universitätsprofessor Dr. Johannes Huber ist heute infolge eines Herzschlags gestorben.

Wien, 20. März. In mehreren offiziösen Ausschreibungen über den Zweck der Reise des Grafen Schwallow wird übereinstimmend ausgeführt, daß Schwallow's Absicht vornehmlich die sei, in Petersburg von allen Schätzen zur Abänderung des Berliner Vertrages abzutreten, weil solche voransichtlich vergebens sein würden. Die Erfahrungen Schwallows in Berlin bestärken dies, gleichwohl sind alle Combinations über neue Gruppierungen unbegründet.

Dem Bester Lloyd meldet man aus Szegedin, daß außerordentliche sanitäre Maßregeln dringend notwendig wären, da sich der Häufnisgrus bereits führt. (Post.)

* Bern, 20. März. Der Ständerat beschloß mit 27 gegen 16 Stimmen, den Art. 65 der Bundesverfassung, welcher die Todesstrafe verbietet, aufzuheben, ausgenommen gegenüber politischen Vergehen, wo das Verbot fortbesteht. (Wiederher.)

Paris, 19. März abends. Präsident Grévy gibt morgen ein großes Diner, zu welchem alle noch lebenden Mitglieder der provisorischen Regierung von 1848 eingeladen sind, also Jules Favre, Louis Blanc, Crémieux, Albert &c. — Infolge der vielfachen Gerüchte und Zwischenfälle hinsichtlich Ministerveränderungen hat das Cabinet sich mit dieser Frage in seiner letzten Sitzung eingehend beschäftigt. Nach langerer Beratung, bei welcher Waddington's gegen-

theilige Ansicht nur mit Mühe umgestimmt wurde, entschied das Ministerium, daß es nicht die Initiative zu solchen Modifikationen zu ergriffen habe und vielmehr ein eventuelles directes Misstrauensvotum des Parlaments erwarten wolle. Nachdem Grévy diese Entschließung gebilligt, wurde heute die Note der Agence Havas veröffentlicht, welche alle Gerüchte von Modifikationen des Ministeriums für unbegründet erklärt. (Post.)

* London, 20. März. Der Kronprinz und die Kronprinzessin des Deutschen Reiches haben mit dem Prinzen Wilhelm gestern über Calais die Rückreise nach Berlin angetreten. Vor der Abreise stellte der Kronprinz dem Herzog und der Herzogin von Edinburgh in Eastwell einen Besuch ab. Der Herzog und die Herzogin von Connaught sind in Windsor Castle eingetroffen und werden dort bis zum Antritt ihrer Reise nach dem Mittelmeer verweilen.

* Brüssel, 20. März. Der Moniteur belge veröffentlicht ein Decret, durch welches das Verbot der Einfuhr von Bier aus Deutschland vom 25. März ab aufgehoben wird.

* Bukarest, 19. März. Im Senat und in der Deputirtenkammer gelangte heute die Vorlage bezüglich der Abänderung der Verfassung zur zweiten Abstimmung. In der Deputirtenkammer wurde der Antrag der Majorität fast ohne Debatte mit 67 gegen 13 Stimmen angenommen. Für den Minoritätsantrag stimmten nur 17 Deputirte. Auf eine Interpellation betreffend das Verbot der Bier einfuhr aus Österreich erwiderte der Minister des Neuforts, daß dasselbe in einigen Tagen aufgehoben werden würde. Im Senat hat Cogalniceanu eine Interpellation über die Politik der Regierung rücksichtlich des Berliner Vertrages angekündigt.

* Belgrad, 20. März. Der bisherige deutsche Generalkonsul Graf Bray hat heute sein Beglaubigungsschreiben als Geschäftsträger Deutschlands überreicht.

* Wien, 20. März abends. Meldung der Politi-

schen Correspondenz aus Konstantinopel: „Die Kundgebungen der Bevölkerung von Silivri gegen den Finanzdirector Schmidt haben sich auch am 17. März fortgesetzt. Die bulgarische Miliz war gezwungen, die Volksmenge, welche die Wohnung Schmidt's förmlich belagerte, mit dem Gewehrkolben zu vertreiben; einige Milizmänner wurden durch Steinwürfe verwundet.“

* Washington, 19. März. Der Präsident Hayes hat eine Botschaft an den Congress gerichtet, in welcher er darauf hinweist, daß die außerordentliche Session des Congresses notwendig sei, um die Creditvorlagen zu berathen.

* New York, 19. März. Nach einer hier eingegangenen Depesche aus Kingston hat zwischen den Dampfern Bolivar und Michel eine Collision stattgefunden. Letzterer, ein holländisches Fahrzeug, sank, wobei 60 Personen ums Leben kamen.

Stimmen über die innere Lage Frankreichs.

* Leipzig, 21. März. Gleich uns sehen auch andere Blätter den Sieg des Ministeriums Waddington in Sachen der Anklage gegen das Cabinet vom 16. Mai als einen für die Befestigung desselben leidenschaftlich ausreichenden an. Und eben darauf deuten die meisten Berichte aus Paris. In den deutschen Blättern, und zwar den Hauptorganen der Reichshauptstadt, auch den der Regierung am nächsten stehenden, zeigt sich dabei eine unverkennbare Sympathie für das Ministerium Waddington und ein aufrichtiges Bedauern bei dem Gedanken an dessen möglichen Sturz, welches leichter um so begreiflicher ist, als man in der That nicht weiß, wer und was dann kommen möchte.

Wir stellen nachstehend eine Anzahl solcher Stimmen über die Lage in Frankreich zusammen.

Der National-Zeitung schreibt man aus Paris: „Die deutsche Presse scheint in ihren Conjecturen über

sind schon heute eingesetzt, und die Saaten von über 16 Quadratmeilen sind vollkommen verheert.

Man hört nachträglich grauenregegende Einzelheiten über mißlungenen Rettungsversuche. Ein Maschineningenieur der Theißbahn wurde während der ersten Schreckensnacht vom Wasser überrascht, wollte sich mit seinen zwei Kindern auf einen Baum retten, brachte eins glücklich hinauf, band dasselbe dort fest und wollte dann das zweite holen; er begann zu klettern, die Kräfte verliehen ihm; damit er nun sein eigenes und das Leben des auf dem Baume befindlichen Kindes rette, war er genötigt, das an seinem Rücken hängende Kind ins Wasser fallen zu lassen, wo es spurlos verschwand; nicht einmal dessen Leichnam wurde gefunden. Eine Frau erzählt, ihr Mann war in jener Nacht beschäftigt, die Habseligkeiten zu retten, da brach die Flut heran. Das große Hausthor brach krachend auf, preßte den Mann an die Wand und erdrückte ihn vor den Augen seiner Familie, die ihn nicht zu befreien vermochte. Die meisten Toten gehören der ärmeren Kaste an. Man nahm ihre Namen im Todtenbuche auf nach den Angaben derjenigen, die sie erkannten. Es entstehen nun Streitigkeiten hinsichtlich der Eigentumsfragen; immer mehr Waisenkinder melden sich. Man sagt, daß mehrere Säuglinge Hungers gestorben seien, weil keine Ammen vorhanden gewesen.

Leipziger Stadttheater.

-e Leipzig, 20. März. Von B. E. Nehler, dem Chordirector am hiesigen Stadttheater, der vor einigen Jahren hier mit einer großen Oper „Irmgard“

größte Flut Siebenbürgens, ihre, ebenfalls alljährlich sehr bedeutend gesiegene Fluten oberhalb der Stadt, und des großen Tales zu folge mit großer Schnelligkeit in die Theiß ergießt.

Vor drei Jahren war die Gefahr für Szegedin schon so groß, daß man schon zu jener Zeit jene Vernichtung befürchtete, welche damals zwar glücklich vermieden werden konnte, heute aber mit desto größerer Behemng über die bedauernd-würdige Stadt hereinbrach.

Durch Wochen arbeiteten die wackern Szegediner rasch an den Befestigungen ihrer Schutzbäume; später kam sogar Militär zu Hilfe, leider aber viel zu spät. Ueberhaupt trifft die Regierung ein großer Theil der Schuld an dem Untergange der blühenden, reichen Stadt.

Zu Deutschland, besonders aber in Berlin, wird man sich kaum ganz richtig die hiesige Vernichtung vorstellen können, man möge aber bedenken, daß unter den 8000 Gebäuden Szegedins keine 1000 Häuser aus Stein (welcher in der hiesigen Umgebung meilenweit nicht zu finden ist) oder aus gebrannten Ziegeln gebaut, sondern aus Moorziegeln, gestampfter Erde, besonartig Material oder aus Lehmpfählen, mit Stroh gemengt, aufgeführt sind; so wird man ein Bild gewinnen, welches wenigstens theilweise dem unsagbaren Elend einen mehr oder weniger getreuen Ausdruck verleihen wird.

Es sind Theile Szegedins, wo der Wassersstand heute 26 Fuß beträgt, also über 4 Klosterr hohes Wasser, sodass die dortigen ebenerdigen Häuser somit Dach unter Wasser geriet und die, nicht aus Ziegeln gebauten (also die überwiegende Mehrzahl) in wenigen Stunden von der Oberfläche vollkommen weggewaschen wurden.

Das größte Unglück liegt aber jetzt darin, daß das Wasser nach meinen an Ort und Stelle gemachten Wahrnehmungen und eingehenden Studien unmöglich vor vier Wochen irgendwohin abdrücken kann, welcher Zustand zur Folge haben wird, haben muß, daß auch jene Gebäude, wenigstens in der Mehrzahl, welche heute noch stehen, im Laufe dieser Schreckenszeit zusammenfallen müssen.

Der approximative Schaden beläuft sich schon gegenwärtig auf ungefähr 90 Mill. M. Über 5000 Gebäude

die französischen Angelegenheiten mehrere einflussreiche Punkte zu vergessen. Sie sieht nur die Deputiertenkammer, die Linke und die Ungezüglichen, welche das Ministerium Waddington umwerben wollen. Sie vergisst das Land, welches keineswegs ungebürgig ist, und den Senat, der es ebenso wenig ist, und den Präsidenten der Republik, der eben nur noch damit beschäftigt ist, die Probe seiner Geduld zu geben, der aber in einem gegebenen Augenblick aus der Rücksichtnahme herauszutreten wissen wird, um ein Ministerium zu stiften, von dessen nationaler und internationaler Bedeutung er durchdrungen ist. Gestützt auf sein konstitutionelles Recht und den Besitz des Senats wird er, wenn nötig, bis zur Auflösung der Deputiertenkammer gehen. Der Mangel an Virtuosität bei Hrn. Waddington kann ihm weder das Prestige rauben, das gerade ihm eigenhüllig ist, des Ehrenmannes in des Wortes bester Bedeutung, noch den Ruf, den er sich so rasch als Diplomat errungen hat. Das Misgeschick auf der Tribune hat nur eine längstbekannte Thatsache bewiesen, nämlich daß Hrn. Waddington kein Reiter ist, er hat dafür den Vorzug, das Gegentheil eines Gedens und Schwindlers zu sein (*le contraire d'un poseur et d'un blagueur*).

Die National-Zeitung fügt dem im eigenen Namen Folgendes bei: „Diese Charakteristik des Hrn. Waddington entspricht durchaus den Anschauungen, die man in Deutschland und speziell in Berlin über diesen hervorragenden Staatsmann gewonnen hat. Ob aber gerade solche Blüte geeignet sind, ihn in Frankreich zu unterstützen, erscheint uns seinesfalls sicher. Die Perspective einer Auflösung, die unser Correspondent eröffnet, ist jedenfalls sehr beachtenswerth, obgleich eine solche Entscheidung wohl kaum noch gereift ist.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung scheint einen Rücktritt des französischen Ministerpräsidenten Waddington für nicht unwohlsinnlich zu halten, aber zu beklagen, sie schreibt: „Aus Paris werden in einem Telegramm der Agence Havas alle Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Hrn. Waddington sowie über weitere Modifizierungen des französischen Ministeriums entschieden in Abrede gestellt. Es bleibt abzuwarten, inwiefern diese Behauptung den tatsächlichen Verhältnissen entspricht oder nur auf Wünschen beruht, die auch im Auslande getheilt werden dürften. Jedenfalls steht sie im Widerspruch zu den Privatnachrichten, welche an verschiedenen deutschen Zeitungen und auch sonst aus Paris hierher gelangt sind.“

Etwas günstiger sieht der pariser Correspondent der „Post“ die Sachlage an. „Die innere Situation im allgemeinen“, schreibt er, „hat sich dem Anschein nach etwas gebessert, insofern eine Art von Herabstimmung in den Geistern sich bemerkbar macht und von Seiten der Republikaner der Wille zu Tage tritt, die Aufregungen unfruchtbare Debatten fernherin möglichst zu vermeiden. Man sagt sich, daß das Ministerium Waddington, wie sehr es ihm auch an eigentlich gouvernementaler Kraft fehlen mag, doch für die Aufgaben des Augenblicks hinreichend genügt, zumal alle die Hauptfragen von besonders aufreizender Natur, wie Amnestie und Anklage des 16. Mai, glücklich befreit sind, daß zugleich die ökonomischen und materiellen Interessen gebietlicher fordern, die Gefahren einer neuen Ministerkrise zu vermeiden. Trotzdem ist in vielen Kreisen das Vertrauen auf die Dauer des

Cabinets vollständig geschwunden. Es äußert sich dies sowohl in einer großen Anzahl selbst republikanischer Organe, als auch in den politischen Unterhaltungen und den Salons. Sehr gelegen und vielleicht mit berechneter Absicht ist das Einbringen der beiden Gesetzentwürfe des Unterrichtsministers Jules Ferry über den höheren Schulunterricht gekommen; denn dieselben lenken die Aufmerksamkeit der Kammermajorität nach einer Richtung hin, für welche diese besonders gut disponirt ist, nämlich gegen den Clerus. Sie berühren damit eine Seite, die unter den Republikanern sehr lebhaft nachklingt, und sie inauguriert nicht mehr und nicht weniger als den „Culturlamp“ in Frankreich. Hrn. Ferry's Vorlagen greifen derartig tief und radical in den Zustand des heutigen französischen Unterrichtswesens ein, daß sie als eine direkte Kriegserklärung gegen Kirche und Clerus zu betrachten sind; sie erregen daher einen wahren Sturm im klerikalen Lager und geben der Presse und der öffentlichen Meinung einen neuen Stoff zur Polemik, auf den sich alles mit um so heftigerer Leidenschaftlichkeit stützt, als die Gegenseite in diesem Punkte hier schon seit langem auf einen hohen Grad der Gärung gestiegen waren. Die Debatten, welche sich darüber in der Kammer entzünden werden, dürfen die Lebensfähigkeit des heutigen Cabinets nicht unbedeutend steigern.“ Gleichwohl hält auch dieser Correspondent die nächste Zukunft Frankreichs für unbestimmt. Uebrigens erwähnt derselbe ebenfalls den Gedanken einer Kammerauflösung, dem sich das linke Centrum zuneigt, daneben den einer Vereinigung der gemäßigten Republikaner und der konstitutionellen Orleanisten!

H. von Treitschke über die neue Zollpolitik.

In dem eben erschienenen Märzheft der Preußischen Jahrbücher bespricht Professor v. Treitschke die Lage. Bei der ausgeprägt regierungsfreundlichen Stellung des Verfassers ist es von Interesse, sein Urtheil über die geplante neue Zollpolitik zu hören. Er sagt: Der Reichskanzler, gewohnt seine Bundesgenossen zu nehmen, wo er sie findet, hat durch eine Reihe persönlicher Kundgebungen alle Zweige der Produktion herausgefordert, heischend und verlangend an das Reich heranzutreten; so ist in weiten Kreisen der Glaube entstanden, als ob der Staat die Wunderkraft besäße, die traumigen Folgen einer allgemeinen Handelsflottille durch seine Gesetze zu befehligen — ein Wahn, der für den Augenblick den protectionistischen Planen der Regierung zugute kommt, aber früher oder später in Enttäuschung und Schämung enden muß. Das harte Urtheil der Thrasybae, über die deutsche Handelspolitik der sechziger Jahre halten wir nicht für richtig. Die Handelsverträge jener Zeit haben zunächst einen großen Aufschwung der deutschen Industrie zur Folge gehabt; der später eingetretene unlösbare Rückschlag ist, wie wir glauben, nicht aus jenen Verträgen zu erklären, sondern aus den Nachwirkungen des großen Krieges und vor allem aus der rasenden Überproduktion der Gründerzeit. Wenn Deutschland allein 250 Conventors eingerichtet hat, welche reichlich doppelt so viel Bessemer-Stahl erzeugen, als die gesammte Edde verzeihen kann, so sehen wir nicht ab, wie der Staat die unauslösbaren Folgen einer so ungehenden Spekulation befürchten soll. Wir sind altwäterisch genug zu meinen, daß die durch jene Verträge begonnene Befreiung des west-europäischen Marktes ein Fortschritt der Gesellschaft war und die heutige eintretende Abschaltung der großen Culturvölker einen beispielswerten Rückschritt bezeichnet.

Dr. v. Treitschke ist der Ansicht, daß man, nachdem dieser Rückschritt nun einmal bereits erfolgt sei,

der veränderten Lage allerdings Rechnung tragen müsse.

Er fährt fort:

Wir brauchen ergiebige Finanzsätze und auch einige Schuhzölle für jene Zweige der nationalen Produktion, welche an sich lebensfähig und wirklich nur durch übermächtige fremde Konkurrenz in Not gerathen sind. Wir werden aber beides nur erreichen, wenn alle Parteien sich mit einiger Resignation rütteln und einsehen, daß angesichts der tausend widersprechenden Interessen, welche in einem Zolltarif Berücksichtigung verlangen, jeder ohne Ausnahme einzelne unwillkommene Zollzäle mit in den Kauf nehmen muß. Die Verständigung ist dringend nötig, damit unsere Volkswirtschaft endlich herauskommt aus dem stromhaften Zustande der Ungewissheit und damit das Unglück einer neuen Reichstagssäuselung vermieden wird. Wir nennen diese Auflösung ein Unglück wahrlich nicht, weil wir die gegenwärtige Zusammensetzung des Deutschen Parlaments, ohne zuverlässige Mehrheit wie es ist, irgend bewundern. Auch nicht aus Sorge um die Fortdauer der heutigen Fraktionen; daß der bevorstehende wirtschaftliche Interessenkampf den Bestand aller politischen Parteien, namentlich der national-liberalen, schwer erschüttern wird, versteht sich ja von selbst, wie auch die Wirkung fallen mögen. Aber wenn das traurige Schauspiel der Unwahrheit und Verbegung, das uns der letzte Sommer bot, sich binnen kurzem wiederholen sollte, wenn die Nation unter den unverständigen Schlachtrufen: „Die Freihandel! Die Schuhzoll! Die billiges Brot für den armen Mann! Die nationale Sozial- und nationale Nähmaschinen!“ zur Wahlurne gäbe, so würde die Verwaltung und Bewirbung unserer öffentlichen Meinung den Höhepunkt erreichen. Es wäre der rohesten und politisch unfruchtbaren aller Wahlkämpfe, die Entfesselung der gefährlichsten Begierden; keine Möglichkeit, daß aus solchem Durcheinander eine Klärung unseres Partei-lebens hervorgeinge.

Vom Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 20. März. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Abg. Sonnemann:

Der Abg. Stumm hat neulich meinen Namen in Verbindung gebracht mit einem „Schmuzartikel“ eines Wiener Blattes, der in die Frankfurter Zeitung übergegangen sei — allerdings fügte er restriktiv hinzu: „wenn ich mich nicht irre“. Vertheidigte Blätter, namentlich auch die der Partei des Abg. Stumm, ich neune nur die „Post“, haben diesen Vorbehalt indessen weggelassen im Bericht — Hrn. Stumm selbst habe ich, weil er sehr schnell spricht, nicht so genau folgen können —, daß es sich um einen Artikel handelt, der die Enquetemitglieder, ihren Aufenthalt im Kaiserhof &c. behandelt. Obwohl ich nun nicht eigentlich für die Frankfurter Zeitung verantwortlich bin, kann ich doch erklären, daß der fragliche Artikel des Wiener Blattes mit seinem Worte in der Frankfurter Zeitung erwähnt ist, und ich bin überzeugt, daß nach dieser Erklärung Dr. Abg. Stumm das, was er in Bezug auf mich und den Artikel gesagt hat, zurücknehmen wird. (Abg. Stumm ist im Haup nicht anwendbar.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und setzt die Plakatberatung fort.

Abg. v. Schmid-Württemberg erstattet namens der Budgetcommission Bericht über das Extraordinarium des Militäretats.

Ohne Debatte streicht das Haus die Regierungsförderung von 100000 M. als erste Rate für den Neubau eines Intendantengebäudes für das Garde-corps in Berlin.

Herner beantragt die Commission, die für die Einrichtung eines Dienstgebäudes für den Commandeur der 4. Division in Bromberg geforderten 159000 M. zu streichen. Das Haus tritt dem Commissionsantrage bei. Ebenso werden 93000 M. abgelehnt, welche der Etat für ein Dienstgebäude der Commandantur in Darmstadt gefordert hatte. Die

debutierte, ging gestern ein neues Werk: „Der Rattenfänger von Hameln“, in Scene. Dem Textbuch ist die Fabel der gleichnamigen epischen Dichtung von Julius Wolff zu Grunde gelegt. In einem demselben beigegebenen Vorworte sprechen sich der Verfasser Friedrich Hofmann und der Komponist dahin aus, daß „der Dichter (Wolff) in seinem Hunold Singult, dem Rattenfänger, eine Gestalt geschaffen, die auf den ersten Blick uns als eine Bühnenfigur entgegentrete, welche in der Oper ihre Rolle zu spielen habe“. An dieser Ansicht können wir als berechtigten Kern nur so viel gelten lassen, daß die genannte Hauptfigur der Wolffschen Dichtung in ihrem poetisch-phantastischen Wesen mit der Hülle der durch sie zum Ausbruch kommenden lyrischen Ergüsse für den Musiker überhaupt in hohem Grade anregend sei, können dagegen nicht zugeben, daß sie sammt der Fabel, deren Mittelpunkt sie ist, ein geeigneter Stoff für ein musikalisch-dramatisches Bühnenwerk sei. Zu einem solchen fehlt es der Dichtung — ohne daß ihr (als einem Epos) daraus ein Vorwurf zu machen wäre — an einem tiefen, feilichen, streng dramatisch ausgetragenen Conflict.

Abgesehen davon, daß die Rattencalamität, deren Darstellung selbst vom Dichter des Epos in humoristischem Zwielicht gehalten ist, in einem Bühnenwerke so ernsthaft als Motiv des Zusammenstoßes zwischen dem Helden und seinen Gegnern behandelt, den Zuschauer eigentlich anmuthen muß, hat jener Zusammenstoß, die Verweigerung des für die Vertreibung der Ratten ausgedachten Lobnes von Seiten der Stadt Hameln, keinen Anspruch auf streng dramatisches Interesse, weil Hunold in diesem Punkte als der gänz-

lich schuldlos Leidende erscheint. Ebenso lassen die daran sich schließenden Vorgänge, der Liebeszauber, den Hunold aus Rache auf den Bürgermeisters Tochter Regina ausübt, infolge davon seine Verurtheilung vor dem Freiericht, das Dazwischenetreten von Hunold's Geliebter, Gertrud, welche unter der Bedingung, das Los des Verurteilten zu teilen, seine Begnadigung auswirkt, aber in der falschen Annahme, von ihm um Regina's willen betrogen zu sein, in den Tod geht, endlich die Begleitung der Kinder, mit welcher sich Hunold an der Stadt rächt, die ihm „sein Liebstes (Gertrud) gerannt“, — alles das lädt wenig streng dramatische Causalität erkennen. Ebenso herrscht in der ersten Hälfte der Textdichtung episches Geschehen oder lyrisches Stimmungswesen vor. Zugleich ist aber durch die äußerlich dramatische Gestaltung und Zusammendrängung des Stoffes gerade der Reiz, den die behagliche Breite des Epos hat, das quellend lebensvolle derselben, verloren gegangen, ebenso wie davon abgesehen werden mußte, den ganzen Reichtum der in das Epos eingeflochtenen lyrischen Weisen in die dramatische Dichtung aufzunehmen. Ergibt sich nach alledem, daß es nun einmal nicht thunlich war, das Epos in ein Drama umzustalten, so ist jedoch anzuerkennen, daß das Textbuch abgesehen davon mit Geschick verfaßt, die Sprache natürlich und frei ist von dem bekannten Opernjargon, auch ein dem Sujet entsprechendes individuelles Gepräge trägt. In den lyrischen Partien ist der Ton des Originals nicht ohne Glück angeschlagen; ebenso in der Rattenbeschwörung.

Nehler's Musik zeigt einen ganz wesentlichen Fort-

schritt gegen die Oper „Irmgard“. Sie ist flüssiger, natürlicher; der Komponist befand sich hier, wo im ganzen nicht so gewichtige Töne anzuschlagen waren, offenbar auf einem ihm mehr zusagenden Felde, und es wäre ihm wol überhaupt zu raten, sich entschieden der Spieler zu zuwenden. Am glücklichsten ist er, wie es seine bisherige Thätigkeit als Komponist mit sich gebracht hat, im Liede, im ersten wie im letzten; die betreffenden, ziemlich zahlreichen Nummern haben Physiognomie, sind sangbar und wirksam. Unter den heiteren zeichnet sich die „Scharenzer Wette“ des Stifters (Gertrud) heraus durch ihren behaglichen Humor aus; dem Komponisten mög. hierbei der Bruder Tuck (in „Templer und Ildwin“) mit seinem „Ora pro nobis“ vorgeschwobt haben, ohne daß dies jedoch in der musikalischen Erfüllung des Liedes direct erkennbar wäre (obwohl im allgemeinen, in der ganzen Oper, Marschner mit Weber hauptsächlich als Vorbild der Komponisten erscheinen). Die betreffende Scene steht freilich in einem nur sehr losen Zusammenhange mit der Handlung, wodurch natürlich auch die Wirkung des genannten Liedes beeinträchtigt wird. Unter den mehr einzeln stehenden, abgeschlossenen Nummern seien noch besonders hervorgehoben: Dorothées Schilderung des Ohrentlings (mit dem in der Begleitung ergespaltet artig festgehaltenen hohen Ton) — ein in dramatischer Beziehung freilich auch nur untergeordnetes Moment —, der den ersten Act beschließende wohlsliegende sechsstimmige Canon und der den zweiten Act eröffnende, die elektrisirende Wirkung von Hunold's Spiel merken lassen Chor: „Heila, das fährt wie der Blitz durch die Glieder.“ Der Fortschritt, den Nehler in seiner

Forderung für eine Infanteriefeuerwehr in Frankfurt a. M. wird von 250000 M. auf 150000 M. als dritte Rate herabgesetzt.

Sodann beantragt die Budgetcommission, den Titel: Neubau eines Kasernements und Ergänzung des Utensiliments für 5 Compagnien des 1. Garderegiments zu Fuß in Potsdam, erste Rate (zum Terrainverkauf und zur Projectbearbeitung) 600000 M., zu streichen.

Das Haus bewilligt jedoch die Regierungsförderung im Gegensatz zu dem Antrage seiner Commission.

erner beantragt die Budgetcommission 90000 M. zum Ankauf eines Grundstücks zur Errichtung eines Garnisonlazareths in Heidelberg zu streichen und wird der Antrag der Commission genehmigt.

Für den Neubau eines Garnisonlazareths in Spandau, erste Rate, wurden statt 200000 M. nur 125000 M. bewilligt.

Die zum Bau eines Fortificationsbienengebäudes zu Torgau geforderten 38500 M. werden gestrichen.

Das Extraordinarium des Militäretats für Sachsen wird mit Ausnahme eines Postens von 205000 M. für den Neubau einer Dampfmühlmühle in Dresden in Höhe von 91195 M. bewilligt. Desgleichen das Extraordinarium für Württemberg in Höhe von 631318 M.

Bei dem außerordentlichen Etat des Extraordinariums bringt Abg. Graf v. Frankenberg-Ludwigsdorf den Umstand zur Sprache, daß seit einigen Jahren für Staatsbauten amerikanische Bauholzer, besonders das Yellow-pine und das Pitch-pine, in zu hohem Maße Verwendung finden. Die amerikanischen Holzer seien nicht allein nicht besser, sondern häufig schlechter als die ganz vorzüglichen heimischen Holzer, besonders die Kiefer. Er möchte die Reichsregierung bitten, dafür zu sorgen, daß das heimische Holz in Zukunft mehr benutzt werde bei Staatsbauten und nicht ohne Grund zurückgesetzt werde zum Nachteil Deutschlands und zum Vortheil des Auslandes. (Beifall.)

Bevollmächtigter zum Bundesrathe Kriegsminister v. Kameke:

Es ist selbstverständlich, daß die Verwaltung bestrebt ist, bei ihren Befüriffen die einheimische Produktion und die einheimischen Holzer den ausländischen möglichst vorzuziehen. Indes ist von maßgebenden Architekten wiederholt hervorgehoben worden, daß unser heimisches Holz nicht so allen Anforderungen genügt vermöge wie das amerikanische. Dieses letztere ist im allgemeinen astfreier und gerader gewachsen. Im übrigen hat die Militärverwaltung in fünf Jahren im ganzen nur für 450000 M. amerikanisches Holz verbraucht.

Abg. Richter-Hagen:

Er halte es nicht für opportun, das Urtheil der Holzbesitzer über auswärtiges Holz als maßgebend hinzustellen; es sei sehr natürlich, daß jeder Händler seine Ware lobt. Uebrigens seien die Ausführungen des Abg. Grafen Frankenberg schon in der Commission widerlegt worden. Eine gute Ware lobt sich selbst, und die Ausführungen der Interessenten über Wert oder Unwert ihrer Produkte blieben immer wertlos, wenn sie auch im Reichstage vorgebracht würden.

Abg. Frhr. v. Mirbach bemerkte, daß unsere heimische Kiefer als ein vorzügliches Bauholz anerkannt und auf der wien. Weltausstellung prämiert worden sei.

Abg. Graf Frankenberg:

Es ist merkwürdig, in der Commission ist der Dr. Abg. Richter immer für Streichung jeder Forderung der Regierung, wenn sie auch noch so notwendig ist, und hält deshalb stundenlange Reden. Wo es sich aber wirklich um die Interessen des Landes und der heimischen Produktion handelt, da tritt der Herr Abgeordnete für das Ausland in

die Schranken. Ich glaube wirklich, daß, wenn der Herr so fortfährt, es nicht mehr lange dauern wird, daß ihm die Ehrenmitgliedschaft des Cobden-Clubs zuteilt wird. (Oho! links; Beifall rechts.)

Abg. Richter-Hagen:

Auf derartige Insinuationen zu antworten halte ich unter meiner Würde. (Oho! und Muren rechts.) Im übrigen möchte ich den Herren raten, wenn sie hier über den Vorzug ihres Holzes discutiren wollen, doch auch uns Proben mitzubringen.

Abg. Graf Frankenberg:

Die Insinuationen sind vom Abg. Richter begonnen worden. Dieser Herr schreibt uns immer die Absicht unter, für unsere Privatinteressen einzutreten, sobald wir das Wort nehmen, und ich werde ihm auch jedesmal so dienen wie heute, sobald er sich Derartiges wieder bekommen läßt. (Beifall Zustimmung rechts.)

Für den Erweiterungsbau des Baracken-Kasernements auf dem Artillerie-Schießplatz bei Hagenau werden statt 505624 M. nur 212400 M. bewilligt.

Die Position: Neubau und Ausstattung einer Kaserne von fünf Compagnien des 20. Infanterieregiments in Wittgenberg 200000 M., ist schon vom Bundesrat in der Budgetcommission zurückgezogen worden, es erfolgt demgemäß die Streichung.

Für Neubau und Ausstattung eines Kasernements in Detmold wird der Etat 50000 M. als erste Rate aus. Zu dem Zwecke soll das bisher in Soest garnisonirende 1. Bataillon des 55. Infanterieregiments nach Detmold verlegt werden. Die Position wird mit geringer Majorität abgelehnt.

Ein weiterer Antrag der Budgetcommission geht dahin, 125000 M. als erste Rate zum Neubau eines Kasernements für zwei Escadrons des Hessischen Husarenregiments Nr. 14 zu streichen. Das Haus bewilligt jedoch den Titel mit geringer Majorität.

Statt 900000 M. zum Neubau und Ausstattung von Kasernen nebst Zubehör für zwei Bataillone des 1. hessischen Infanterieregiments Nr. 81 in Frankfurt a. M. (dritte Rate) werden nur 700000 M. bewilligt, zu welcher Höhe die Forderung bereits von Seiten des Bundesrates ermäßigt worden war.

Die zum Bau eines Kasernements für das von Grimma und Lausig zu verlegenden 2. Husarenregiment Nr. 19 als erste Rate geforderten 1 Mill. M. beantragt die Commission zu streichen, welcher Antrag ohne jede Discussion angenommen wird.

Hiermit ist das Extraordinarium des Militäretats erledigt.

Es folgt der mündliche Bericht der Budgetcommission über den Titel des Etats des Auswärtigen Amtes: Zur Unterstützung deutscher Schulen und anderer vaterländischer Unternehmungen im Auslande 75000 M. Die Commission beantragt, diese Summe zu bewilligen, gleichzeitig aber

1) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Aussstellung des nächstjährigen Reichsbudschaltaetas darauf Bedacht zu nehmen, daß der Zoologischen Station in Neapel ein erhöhter Zuschuß im Gesamtbetrag von 30000 M. überwiesen werde; 2) durch diesen Beschluß die Eingabe der Professoren Helmholtz, Birchow und Du Bois-Reymond vom 6. März für erledigt zu erklären.

Diese Anträge werden angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Reinhardt-Schwarzburg-Sondershausen wird auf den Antrag des Referenten der Wahlprüfungskommission Abg. Dr. Mayer-Danauwörth beanstanden und der Herr Reichskanzler ersucht, bezüglich der eingegangenen Proteste die nötigen gerichtlichen Erhebungen zu veranlassen.

neuen Oper gegen die frühere gemacht hat, ist besonders ersichtlich in der viel durchsichtigeren Haltung der meisten größeren Ensemblesäze sowie in der Fortspinnung des dramatischen Fadens, welche dem Componisten viel leichter von der Hand geht und bei der er mitunter bestimmte Themen leitmotivartig durchführt. Auch hinsichtlich der dramatischen Charakteristik ist, abgesehen von manchem zu pathetisch Gehaltenen oder Geschraubten, größere Sicherheit in der Wahl der Ausdrucksmittel zu erkennen. Eine besondere Virtuosität in der Charakteristik hat Nebler in der Rattenbeschwörung entfaltet; freilich je größer die realistische Treue der Schilderung des äußeren Vorganges ist, um so weniger kann sich der Zuschauer eines ästhetischen Misshagens erwehren darüber, daß die Bühne zum Schauspiel eines solchen Vorganges gemacht wird. Nicht alles, was der Leiter ohne Anstoß hinnimmt, erscheint auch auf der Bühne statthaft. Dem harmlosen Theile des Publikums freilich erregt jenes scenische Bild Heiterkeit, womit aber als mit einem der dichterischen Intention zuwiderlaufenden Effect nicht weniger das Urtheil über die ästhetische Zulässigkeit desselben gesprochen ist.

Die nicht nur bedeutendste, sondern auch umfangreichste Rolle in der Oper ist die des Hunold, in deren Darstellung Dr. Schelpner aufs neue seine Bielkeitigkeit bewährte. In Erscheinung und Wesen war er ganz der heitere, freie und doch stolze Spielermann, wie ihn der Dichter geschildert hat; ebenso überzeugend gab er aber auch dem dämonischen Glachdurst des Betrogenen Ausdruck. Die Beschwörung der Ratten war ein Meisterstück in ebenso sprachlich wie musikalisch klarer

voluminer Declamation. Von den übrigen vielen Rollen ist die der Gertrud am meisten hervortretend. Fr. Widl gab dieselbe einfach und mit warmer Empfindung. Außerdem seien noch genannt die Herren Wiegand (Bürgermeister), Reh (Bertholdus de Sunneborne), Küstner (Etheerus), Ulrich (Rhympurg), Bielle (Heribert de Sunneborne), Lieban (Wulf), Fr. v. Aelsson (Regina) und Löwy (Dorothea), welche sich mit dem Vortrag des Liedes vom Ohrenklingen besonders Beifall erwarb. Der in die Ouverture eingeschlossene Prolog wurde von Fr. Wessely verständlich gesprochen. Die Inszenirung war befriedigend, die Aufführung unter Kapellmeister Nikisch's Leitung wohl gelungen. Das Publikum spendete vor allem Hrn. Schelpner lebhafte Beifall und rief wiederholt den Componisten, dem auch von einem Opernmitgliede ein Vorberkranz überreicht wurde.

Musikalisch aus Leipzig.

** Leipzig, 21. März. Im gestrigen vorletzten Gewandhausconcert dieser Saison hörten wir die jewige Primadonna unserer Bühne, Frau Marie Wilt, zum ersten mal in den geweihten Räumen des Gewandhausaales. Es war derselben das Terrain allein überlassen, indem außer Recitativ und Arie: „Erlaubt mir, Freunde, an euren Spielen teilzunehmen“ aus der Oper „Hamlet“ von Ambroise Thomas, und drei Liedvorträgen: „Die Allmacht“ von Franz Schubert, „Lehn' deine Wang“ an meine Wang von Ad. Jensen und „Im Herbst“ von Robert Franz, nebst einer Zugabe, zu welcher sich Frau Wilt bereit finden ließ,

Hierauf vertagt sich das Haus bis Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Witte-Stephani über die Beteiligung der deutschen Industrie an der Weltausstellung in Australien; Antrag Kayser betreffend Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen den Abg. Friese; Antrag der Abg. v. Seydelitz und Genossen auf Abänderung der Gewerbeordnung.

Deutsches Reich.

* Berlin, 20. März. Die Vorbereitungen zur feierlichen Feier des kaiserlichen Geburtstages sind in vollem Gange. Das Wetter wird mit jedem Tage besser, sodass man für den 22. März mit Sicherheit jenes schöne Wetter erwarten darf, das, weil es sich an allen Feiertagen des Kaisers einzustellen pflegt, im Volksmunde den Namen Kaiserwetter führt. Auch die Krankheit des Prinzen Karl scheint wieder eine bessere Wendung genommen zu haben. Wenigstens ist in der Umgebung des hohen Herrn jede Besorgniß wieder verschwunden. Eine Trägung steht also auch von dieser Seite dem schönen Landesfest nicht bevor.

Bezüglich der Reichstagssarbeiten stellt die Provinzial-Correspondenz folgendes Programm auf:

Der Reichstag will zunächst noch die Etatsberatung möglichst ohne Unterbrechung fortsetzen und vor dem 1. April zu Ende führen. Außerdem sollen bis zum 5. April, wo die Osterferien beginnen, die sonstigen bisher eingebrachten Vorlagen, soweit möglich, erledigt werden. Inzwischen werden die Vorlagen über die Zoll- und Steuerfragen zunächst den Bundesrat beschäftigen und seitens desselben voraussichtlich bis zur Wiederaufnahme der Reichstags-sitzungen in der letzten Aprilwoche so weit vorbereitet sein, daß sie alsdann unverzagt zur Beratung im Reichstage gelangen können.

Der socialdemokratische Abgeordnete Kayser hat folgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler aufzufordern, zu veranlassen, daß die gegen den Abg. Friese bei dem königlichen Stadgericht zu Berlin anhängigen Strafsachen, in welchen den 24. und 27. März Termine angelegt sind, für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode ausgezögzt werden. Veranlassung der Untersuchungen sind Anklage wegen angeblichen Vergehens gegen §. 8 des Vereinsgesetzes.

Unterstützt ist der Antrag durch die Abg. Bahle, Bebel, Liebknecht, Reinders, Wiener, Bracke, Hasselmann, Stöbel, Winterer, Sonnemann, Haerle, Hesse-mann-Stinny, Kable, Kopfer.

Die dresdener Neue Reichszeitung erfährt von „wohlunterrichteter Seite“, daß der Reichskanzler fester als je entschlossen sei, sein Zoll- und Steuerprogramm im wesentlichen so durchzuführen, wie es in seinem gegenwärtigen Programm gefordert werde. Schon die bloße Verweisung der Vorlagen an eine Commission — so erzählt man sich im Reichskanzleramt — würde die Aussicht des Reichstages zur Folge haben. Ob das so ernsthaft gemeint sei, wie es aussieht, möge dahingestellt bleiben. Jedenfalls sei es für die gehobene Stimmung bezeichnend, welche gegenwärtig im Palais Radziwill vorherrsche und die Irrenheit verberthalten — heute besser begründet scheine als je seit Beginn der wirtschaftspolitischen Krise.

Der auf der Tagesordnung des Bundesrates vom 18. März gestandene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der §§. 30 und 33 der Gewerbeordnung ist im Auftrage des Kaisers durch

seine weiteren Solo-vorträge auf dem Programm genannt waren. So gern wir auch der Technik als solcher in dem Concertsaale ihre Rechte einräumen (denn namentlich auf dem Gebiete der Gesangskunst kann das gute Beispiel nach dieser Seite hin nur vortheilhaft wirken), da jetzt leider die Mehrzahl der jungen Sänger glaubt, nach dieser Richtung hin nichts mehr lernen zu sollen), so müssen wir doch die Wahl der angeführten Arie eine durchaus verfehlte nennen, indem die Wahnsinnsszenen der modernen und französischen Opern à la Lucia, Dinorah &c. mit ihren untereinander gemengten albernen Bravaden, Tanznoten &c. zu den widerlichsten Geschmacklosigkeiten auf musikalischem Gebiete gehören.

Um ihre Bravur zu zeigen, hätte Frau Wilt an Stelle der Thomas'schen leicht zehn andere Coloraturarien finden können, welche wenigstens als Musikkästchen noch acceptabel gewesen wären. Die bezeichnete Ophelia-arie mit ihren Tamburin- und Triangelspielerien hatte für das ästhetische Gefühl geradezu etwas Beleidigendes, und wir würden von dem gestrigen Auftritt der Frau Wilt nur einen ungünstigen Eindruck mitgenommen haben, wenn deren Liedvorträge uns nicht für die Arie reichlich entschädigt hätten. In Bezug auf Frau Wilt's Gesang selbst verleihen wir nicht die große Kunstfertigkeit, die Mächtigkeit des Stimmgangs und das dramatische Leben in der Auffassung, müssen aber offen gestehen, daß wir uns mit der wiener Art der Tonhervorbringung und dem Trémolieren nicht befriedigen können.

Zwischen der Arie und den Liedern wurden wir mit einer Novität: Concert für sieben Blasinstrumente

den Reichskanzler dem Bundesrathe zugegangen. Dieser Gesetzentwurf besteht aus drei Paragraphen und bezeichnet im ersten die Änderung des §. 30, Absatz 1, der Gewerbeordnung dahin, daß derselbe fünfzig lauten soll:

Unternehmer von Privatkrankenh., Privatentbindungs- und Privatirrenanstalten bedürfen einer Concession der höhern Verwaltungsbehörde. Die Concession ist zu versagen, wenn a) Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Unternehmers in Beziehung auf die Leitung oder Verwaltung der Anstalt darthun; b) wenn nach den von dem Unternehmer eingereichenden Beschreibungen und Plänen die baulichen und die sonstigen technischen Einrichtungen der Anstalt den gesundheitspolizeilichen Anforderungen nicht entsprechen.

Nach den statistischen Angaben über die Zunahme der betreffenden Anstalten unter der Herrschaft der Gewerbeordnung ist, wie die Begründung des Entwurfes ausführt, die Frage nahe gelegt, ob das Gesetz die Voraussetzungen für die Einrichtung der hier in Rede stehenden Anstalten richtig normirt habe. Die Bedenken, welche gegen diese Bestimmungen des Gesetzes erhoben werden, gehen nach zwei Richtungen. Zunächst haben sich Zweifel darüber ergeben, ob unter der Zuverlässigkeit, welche das Gesetz fordert, lediglich die bürgerliche Unbescholtenseit oder gleichzeitig solche persönliche Eigenschaften zu verstehen sind, welche eine sachgemäße Leitung der Anstalten gewährleisten. Abgesehen von dieser Unklarheit, hat die Bestimmung des §. 30, Absatz 1, sich inhaltlich als unzureichend erwiesen. Sie hebt ausschließlich das subjective Moment hervor, läßt dagegen den Zustand der Anstalten ganz unberücksichtigt. Sie spricht nicht einmal aus, daß die Concession nur für eine bestimmte Anstalt zu erteilen ist. Und doch ist dieses von wesentlicher Bedeutung. Die Unzulänglichkeit des Gesetzes ist von ärztlichen Vereinen betont worden. Es war daher eine andere Fassung der gesetzlichen Bestimmungen dringend geboten.

§§. 2 und 3 des Entwurfes handeln von der Erlaubnis des Kleinhandels mit Brantwein usw. Der Entwurf schlägt folgende Fassung des §. 33, Absatz 3, der Gewerbeordnung vor:

§. 2. Die Landesregierungen sind befugt, außerdem zu bestimmen, daß a) die Erlaubnis zum Ausschenken von Branntwein oder zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus allgemein; b) die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirthschaft oder zum Ausschenken von Wein, Bier oder andern nicht unter a fallenden geistigen Getränken in Ortschästen mit weniger als 15000 Einwohnern sowie in solchen mit einer größeren Einwohnerzahl, für welche dies durch Ortsstatut festgesetzt wird, von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein sollte. §. 3. Die Bestimmung des §. 1, Absatz 2, des Gesetzes vom 12. Juni 1872, die Einführung der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 in Bayern, wird hiermit aufgehoben.

Die Begründung zu dieser Gesetzesänderung führt aus, daß die Zahl der Wirthschaften, welche mit dem Schänken geistiger Getränke sich befassen, seit einer Reihe von Jahren in einer die Vermehrung der Bevölkerungszahl übersteigenden, unverhältnismäßigen Zunahme begriffen war. Die nachtheiligen Folgen sind zunächst auch vielfach in den Verhandlungen von Gemeinde- und Bezirksvertretungen, demnächst aber in den Berathungen der parlamentarischen Körperschaften einzelner Bundesstaaten und endlich auch in den Berathungen des Reichstages hervorgehoben worden. Die angestellten Ermittelungen über die Vermehrung der Gastwirthschaften &c. haben einen in hohem Maße

mit Begleitung des Streichorchesters von Heinrich v. Herzogenberg (ausgeführt von den Herren Barge, Landgraf, Hinke, Weissenborn, Kunze, Gumbert und Müller), bekannt gemacht. Diese Composition gehört zu den einheitlichsten und abgerundetsten Arbeiten, welche wir von Hrn. v. Herzogenberg kennen. Der Componist würde aber mit den zur Verwendung gebrachten Klangfarben eine noch nachhaltigere Wirkung erzielt haben, wenn er dem Gesangsscharakter der einzelnen Blasinstrumente stellenweise noch mehr Rechnung getragen hätte.

Die beiden Hauptorchesterwerke des Abends waren wieder dem Kreise jener Tonschöpfungen entnommen, deren Pflege eigentlich Zweck und Aufgabe unserer Gewandhausconcerte ist. Das erste derselben war die das Concert eröffnende „Leonoren“-Ouverture Nr. 1 von L. van Beethoven, das andere Werk die das Concert beschließende Symphonie Nr. 2, D-dur, von J. Brahms. Beide wurden mit sichtlicher Begeisterung vom Orchester gespielt und die letztere, mit Ausnahme des zweiten Satzes, vom Publikum mit ungeheiltem Beifall entgegengenommen. Die Symphonie ist aber auch wirklich ein Werk voll Kraft und Saft, das, je mehr man es hört, immer neue, interessante Seiten entfaltet und einem immer mehr und mehr gefällt.

Nur das Verständniß des zweiten Satzes scheint sich dem größern Theile des concertbesuchenden Publikums noch nicht recht erschließen zu wollen. Es liegt in diesem Satze gewissermaßen Wonne und Leid noch ungeschieden nebeneinander. Der helle melodische Grundgedanke rinnt hier mit düstern Bassharmonien.

unerfreulichen Zustand aufgedeckt. In Preußen z. B. haben sich in der Zeit von Ende 1869 bis Anfang 1877 die Gastwirtschaften von 42187 auf 60912 = 44 Proc., die Schankwirtschaften von 62869 auf 86065 = 23 Proc., diese Anlagen zusammen von

6000 - 25 Proc., viele aufzugen zusammen von 112056 auf 146967 = 31 Proc. vermehrt. Die Vermehrung ist vorzugsweise dem Brantweinshank zugute gekommen. Diesem Uebelstande zu steuern, reichen nach den gemachten Erfahrungen selbst die mit aller Schärfe gelübten polizeilichen Controlmaßregeln nicht aus. Einer Rechtfertigung, daß gegen den Missbrauch eingeschritten wird, wird es nicht bedürfen. Die Mittel zur Beseitigung der Missstände erbliebt die Vorlage nun in einer Erschwerung der Voraussetzungen für die Erlaubnis zum Wirtschaftsbetriebe. Diese Erschwerung erscheint nur in der Art möglich, daß den Behörden in gewissem Umfange die Entscheidung darüber anheimgegeben wird, ob ein Bedürfniß zur Vermehrung solcher Wirtschaften vorliegt. Die Vorlage will jedoch die Erlaubnis zum Wirtschaftsbetriebe nicht unbedingt von der Bedürfnisfrage abhängig machen. Sie ist zunächst dabei stehen geblieben, daß die Prüfung des Bedürfnisses nur dann platzgreifen soll, wo die Landesregierungen dieses für nöthig erachten. In welchem Umfange die Landesregierungen von den vorgesehenen Befugnissen Gebrauch machen wollen, ist ihrem Ermessen anheimgegeben.

— Vierzig Berliner Wollwarenfabrikanten sowie Fabrikanten von Tapisserie- und Strickwollen haben sich in einer an die Reichskanzlei und an den Reichstag gerichteten Petition gegen eine Erhöhung der im deutschen Zolltarife bestehenden Eingangsölle für wollene Garne verwahrt. Es heißt in dieser Petition:

Unsere Exportfähigkeit auf fremden Märkten würde, wenn man uns unser Rohmaterial durch Zölle vertheuerte, in manchen Artikeln vollständig vernichtet, in andern schwer beeinträchtigt werden. Wir würden also dann gezwungen sein, mit dem bisher ins Ausland abgesetzten bedeutenden Quantum unserer Waaren den heimischen Markt aufzusuchen, und dadurch zur Überfüllung derselben und zu verlustbringenden Verläufen beitragen, sowie schließlich eine erhebliche Einschränkung unserer Fabrikation vornehmen müssen. Sollte es möglich sein, was bei der ange deuteten Möglichkeit unserer Lage in der Großstadt sehr zweifelhaft gelten muss, daß wir den Ausfall an unserer bisherigen Fabrikation durch Erzeugung anderer in Deutschland hergestellter Waaren decken, so würden wir nur die innere Konkurrenz vergrößern und dadurch zur Schädigung unserer Nebenindustrien beitragen. Wenn uns vielleicht als Ersatz für die Erhöhung der Zölle auf wollene Garne eine gleichzeitige Erhöhung der Zölle auf wollene Garne angeboten werden sollte, so müssen wir eine solche als vollständig

... zu wachsen, so müssen wir eine solche als vorauswiegend
auslösen zurückweisen. Als Beweis, welche Bedeutung und
welchen Ruf beispielweise die Berliner Tapisseriewollen er-
langt haben, wird mitgetheilt, daß England und Amerika
diesen Artikel mit dem Namen „Berlin Wool“ bezeichnen.
Der jährliche Umsatz von Tapisseriewollen beträgt circa
12 Mill. M., von dem ungefähr zwei Drittel nach den ver-
schiedensten Märkten ausgeführt werden. Für die verschie-
denen Berliner Wollindustriezweige stellt sich der jährliche
Umsatz auf circa 67 Mill. M., davon Export nach dem
Auslande circa 35 Mill. M., der jährliche Wollgarnver-
brauch circa 8,700000 Kilogramm, davon aus dem Aus-
lande bezogen circa 2,500000 Kilogramm, die beschäftigte
Arbeiterzahl circa 26000. Der jährlich gezahlte Arbeitslohn
beträgt circa 15½ Mill. M. Wir haben diesen für sich
selbst sprechenden Zahlen nichts hinzuzufügen, bemerken
doch, daß eine große Zahl dieser Industriezweige durch
unsere Schädigung in Mitleidenschaft gezogen werden würde.
Wir erwähnen nur die Färberbetriebe, die Appreturanstalten,
die Posamentensfabrikation, die Fabrikanten von Mebgeruten,

Wien 2c. Wir können unmöglich glauben, daß eine hohe Reichsregierung und der Reichstag so schwerwiegende Interessen verleghen werde und geben uns der Hoffnung hin, daß unsere gehorsame Bitte: die jetzigen Eingangstüre für Wollgarne unverändert bestehen zu lassen, Erfüllung finden werde.

Thüringische Staaten. J. Meiningen, 19. März.
Das gestern erschienene Regierungsblatt bringt eine
ingehende Darlegung über die „Tabakssenquête
im Herzogthum Meiningen“. Derselben ist im
Allgemeinen Interesse Folgendes zu entnehmen: Es
sind im ganzen 9 Gemeinden des Kreises Meiningen,
welche in nicht unbedeutendem Umfange Tabaksbau
betreiben; von 709 Pflanzern ist 1878 eine Gesamt-
fläche von 124,0621 Hektaren mit Tabak bebaut und
in Ertrag von 4771 Ctr. zum Preise von 124046
R., pro Centner 26 M. im Durchschnitt, erzielt;
die Tabakksteuer betrug 8553 M. 60 Pf. Handel
mit Rohtabak wird hier eigentlich gar nicht betrieben.
Die Tabaksfabrikation betrieben im Herzogthume 2 Fa-
risen, die 1878 im ganzen 383 Arbeiter beschäftigt
haben; im Vorjahr waren es deren noch 462. Von
1862—77 stieg die Zahl der Tabakarbeiter von
15 bis auf 462; im Jahre 1878 ist, wie bemerkt,
die Arbeiterzahl erheblich zurückgegangen. Von je
Ctr. Rohtabak wurden 80—90 Pfd. Rauchtabak
oder 4250—6000 Cigarren gewonnen. Beim Handel
mit Tabak sind 1895 Kaufleute oder Händler beteiligt:
im Jahre 1877 haben die diesseitigen Tabaksfabri-
kate, als: Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Schnupf-
und Kautabak im Verkaufe 303267 M. erzielt.

Öesterreich-Ungarn.

Die Wiener Abendpost schreibt unter dem 19. März: Die Gerichte über eine bevorstehende Nachkonferenz zur Schlichtung der aus der Detaildurchführung des Berliner Vertrages sich ergebenden Schwierigkeiten seien nur mehr ein ziemlich lärgliches Dasein in der europäischen Presse. Im allgemeinen überwiegt die Auffassung, daß es den Bemühungen der europäischen Mächte gelingen werde, dieser Schwierigkeiten auch ohne das Mittel einer förmlichen Nachkonferenz Herr zu werden, und daß insbesondere die vom Berliner Vertrag in Aussicht genommene Räumung der von den russischen Truppen besetzten Gebiete durch die zurzeit noch ungelösten Fragen keine Verzögerung erfahren werde. Dabei tritt der Gedanke, daß jede beim Weiste der Berliner Vereinbarungen widersprechende Interpretation des Vertrages der bestimmtesten Abhängigkeit von Seiten der Congregmächte begegnen würde, abhängt in den Vordergrund.“

— Aus Wien vom 19. März schreibt man der Augsburger Allgemeinen Zeitung: „Unter den vielen Versionen, die sich an die Reise des Grafen Schувалов knüpfen, haben wir alle Ursache, jene für die wichtigste zu halten, die dem Grafen Schувалов die Absicht beimitzt, das Petersburger Cabinet über die Aaltung Englands aufzuklären und darauf hinzuweisen, daß England unter allen Umständen auf der strengen Durchführung des Berliner Vertrages bestehen werde. Gerüchte, daß, wie einige Blätter melden, zwischen Österreich und England Meinungsverschiedenheiten obwalten sollen, kann ich Ihnen auf das stimmteste als unbegründet bezeichnen.“

— Aus Wien wird berichtet:
Die wiener Polizei stand am 18. März im Budget-
ausschusse des Abgeordnetenhauses in parlamente-

gegen ist — zum ersten male — aus archivalischen und andern Quellen ein sehr reiches Material zusammengedrängt und auf Grund desselben eine sehr interessante, auch auf die gesamme Zeitgeschichte manche beachtenswerte Streifzüge herförende Darstellung des deutschen Zeitungswesens von den Anfängen an gegeben, welche Ansätze wir, wenn wir die handschriftlichen Zeitungen oder Berichte mit dazugehören, nach dem Verfasser nachweisbar spätestens in die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts setzen können. Die erste ist doch eine der ersten bedeutenden handschriftlichen Zeitungen, ein Wochenblatt, scheint in Nürnberg erschienen zu sein. Dieselbe befindet sich in einem von 1587—91 reichen Exemplar auf der leipziger Universitätsbibliothek. Doch ist es der Verfasser natürlich unentschieden, ob nicht noch ältere handschriftliche deutsche Zeitungen aufgefunden werden dürften. Ein Verzeichniß solcher „geschriebenen Nachrichten“ (worunter freilich wohl auch viele Berichte politischer Ereignisse, also nicht eigentliche Zeitungsberichte), welches im dresdener Archiv befindet, enthält 18 Folioblätter und zählt im ganzen 263 derartige „Nachrichten“ (d. h. Sammlungen solcher) auf. Einzelne solcher Sammlungen befinden sich auf der leipziger Stadtbibliothek und auf der großherzoglichen Bibliothek zu Weimar; befinden, geben noch später als jenes oben erwähnte „Wochenblatt“ zurück, z. B. die jetzt genannte bis 1582. Von 1585 an werden die handschriftlichen dasselbst regelmäßige Wochenberichte. Man erkennt schon aus diesen wenigen Andeutungen, ein wie großes Interesse diese so tief eingehenden Untersuchungen über die

Die Schlesische Zeitung berichtet aus Breslau vom
1. März: „Dem bekannten Componisten und Tonkünstler
Johannes Brahms ist von der philosophischen Fakultät
der hiesigen königlichen Universität die Würde eines „Doctor
philosophias“ honoris causa verliehen worden. In dem
erstrebenden Diplom wird Johannes Brahms als „artis-“

und erzeugt, indem er zum Durchbruch drängt, ganz eigenthümliche modulatorische Wendungen; wie wenn das Sonnenlicht mit schweren Gewitterwolken kämpft und durch seine Brechung die wunderbarsten Farben-zauber webt. Nach der bestimmenden Stimmung des zweiten Satzes wirkt der dritte Satz förmlich erlösend. Es ist, als tönte uns hier die gemüthlich-zufriedene Weise eines in größter Behaglichkeit seines Weges hinschlendernden schlichten Landmannes entgegen. Und doch, wie versteht Brahms das bäuerisch-vollsthumliche Schema des Scherzo so schön in einer gewissen idealen Sphäre zu halten; und zu welchem Aufschwunge bringt er es in dem heimlich und lauschig beginnenden letzten Satze! Wir sind der geehrten Concertdirection dankbar für die Wiederholung der Symphonie und wünschen nur, daß dieses Werk dem Repertoire der Grandhauscconcerthe erhabsten bleibe.

In unserm Bericht über das Concert des Niel'schen Vereins im Feuilleton der Nr. 65 ist auf der ersten Spalte der zweiten Columnne Z. 8 v. u. zu lesen: barcarollenähnliche Anhang.

Von dem „Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels“, herausgegeben von der Historischen Commission des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, ist Heft III erschienen (Leipzig, Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler). Dasselbe ist ganz angefüllt mit einem einzigen Aufsage: „Die Anfänge der deutschen Zeitungspresse 1609—1650“, von Professor J. C. Opel in Halle. Bekanntlich besitzen wir über die Anfänge der deutschen Zeitungspresse noch äußerst wenig. Die „Geschichte des deutschen Journalismus“ von Robert Prutz blieb Fragment und ist auch mit noch unzureichendem Material bearbeitet. Hier

eine hohe
eigende In-
nung ihm,
gäde für
ung finden
19. März.
ringt eine
enquelle
en ist im
nen: Es
Keiningen,
abodenan
Gesamtin-
baut und
124046
erzielt;
Handel
betrieben.
ame 2 Ha-
beschäftigt
62. Von
eiter von
bemerkst,
Von je
auchtabak
im Handel
beteiligt.
Schafabri-
Schmäf-
sielt.

9. März:
h konse-
fführung
erigkeiten
n in der
viegt die
topäischen
iten auch
enz Herr
Berliner
der von
h die zur
ing erfah-
jede dem
prechende
sten Ab-
n würde,
man der
vielen
Schu-
für die
alow die
über die
zunzuwei-
der stren-
bestehen
melden,
overschit-
auf das

Budget-
rliamentar-
n und an-
engebracht
ch auf die
kreislid ter-
fens von
r, wenn
mit dage-
s in die
Die erste
chen Bei-
sien zu
reichen-
el. Doch
icht noch
den wer-
en Nach-
politiker
welches
blätter
" (b. P.
mlungen,
er groß-
ben noch
id, z. B.
rden die
Man er-
e grohes
über die

au vom
nlinstier
Facultät
In Docto-
In dem
s' zeichnet."

rischer Schädigung. Die Discussion trug eine gewisse Bi-
santerie an sich, es fanden Reminiszenzen Raum, an jene
Zeit, in welcher die Polizei die höchste Staatsgewalt reprä-
sentirte, wo alle Höden der Gesellschaft zusammenliefen, wo
die Geschworenen der einzelnen Bürger geprüft, die Gedanken
erforstet und, wenn die reactionäre Polizei auf diesem Ge-
biete „glücklich“ war, auch bestraft wurden. Und heute be-
ginnen Männer, welche selber edles Bild für die Polizei
der Reaction gewesen, den Polizeicommissären die Beihilfe,
und in der gehabten Sitzung des Budgetausschusses befür-
wortete sogar ein Mann, der in der Reaktionsszeit vor der
Polizei vielfach verfolgt worden, die Verbesserung der Ge-
halte der Polizeicommissärenten. Der Abgeordnete Kuranda
war es, welcher in einer längeren Rede im Budgetausschus-
se dafür eintrat, für die Erhöhung der Beihilfe der Polizei-
beamten 43000 Fr. zu votiren. Er schuberte das Avance-
ment eines Polizeibeamten, welches hat äußerst schleppend
vollzicht und wenig bietet. Dabei erzählte Abg. Kuranda
eine Episode aus seinem Leben, um zu zeigen, wie schwer
die Carricature des Polizeibeamten sich entwickelte. Im Jahre
1848, gerade als Fürst Windischgrätz eingezogen war, so
erzählte der Abgeordnete der Stadt Wien, wurde bei Ku-
randa eine Haussuchung vorgenommen. Die Polizei war
eintigen „hohen Gedanken“ des heutigen Abgeordneten der
Stadt Wien auf der Spur und wollte in den Papieren
des „Literaten“ Kuranda die Beweise für die schlechte Ge-
fahrung des jungen Schriftstellers beibringen. In selber
Morgenstunde — denn der Polizeibeamte glaubte sehr schnell
aufzustehen zu müssen, um Hrn. Kuranda zu „erwischen“ —
erschien bei dem damals gerade die Flitterwochen durch-
lebenden jungen Chemanne der Polizeicommissar und wählte
in den Papieren des Verdächtigen. „Er hat bei mir nichts
gefunden“, bemerkte Kuranda weiter. „Vor einigen Tagen
nun begegnete mir der Commissar, welcher mich im Jahre
1848 plötzlich verhaftete. Ich traf ihn bei einer Feier,
wo er als Regierungskommissar anwesend war. Wir be-
grüßten uns, und die Erinnerung an die alte Zeit auffrischend.
In diesen 11 Jahren, welche seit meiner ersten unange-
nehmten Begegnung mit dem Commissar verflossen, hat es
der Mann nicht weiter als bis zur beschiedenen Stellung
eines Obercommissars gebracht. Gewiß keine glänzende
Karriere!“ Der Minister des Innern, Graf Taaffe, wel-
cher dieser Erzählung mit Interesse folgte, ging im Budget-
ausschuss auf Kuranda zu und sagte schlagfertig: „Der
Commissar hat es zu nichts gebracht, weil er damals bei
Ihnen nichts gefunden hat, Herr Doctor.“ Große Heiter-
keit folgte den Worten des Ministers. Etwas hat der
Commissar damals übrigens doch gefunden... allerdings
sehr wenig. Einen Brief Laube's aus Frankfurt nahm der
Commissar im Jahre 1848 aus Kuranda's Schreibstube. In
diesem Briefe schrieb Laube in seiner fernigen Weise:
„Das ist ja bei euch die niederträchtigste Wirtschaft —
der alte Mist!“ Dieser Brief war gefährlich und wanderte
zur Polizei, welche damals nicht nur dasjenige bestraft,
was man selbst schrieb, sondern auch für das Nachre nahm,
was einem geschrieben wurde.

Frankreich.

* Paris, 19. März. Der Temps findet das
Gesetz Jules Ferry betreffs des höhern Unterrichts
im ganzen gut und jetzt schon ohne große Verände-
rungen annehmbar, wenn es wird, was sein Titel
andeutet. Man möge es von diesem Standpunkte
aus discutieren und votiren; für einmal wird man
genug gemacht haben, das andere wird später kommen.
Nachdem man die Meinung durch zu große Langsam-
keit ermüdet, muß man sich hüten, sie durch zu große
Ueberredung aus der Fassung zu bringen.

„Die Gesehentwürfe, die wir bekämpfen“, schreibt
die Union, „werden als schändliche Denkmäler der
Leidenschaft und der Unwissenheit bleiben. Ihre An-
nahme wäre eine Art wilder Staatsstreich gegen die
Intelligenz, die Freiheit und die Ehre unserer Zeit.
Unsere Bischöfe, denen man alles genommen haben
wird, werden ihre Universitäten schließen, die katholi-
schen Colleges werden aus Mangel an Lehrern ver-
schwinden, halb Frankreich würde seines kostbarsten
Gutes beraubt werden und das, was man die fran-
zösische Gesellschaft nennt, wie durch eine Inva-
sion getroffen sein. Aber wir rechnen darauf, daß ein
ungehemmter Widerstand diesem jakobinischen Unterneh-
men den Weg versperren wird.“

„Nicht zufrieden, die materiellen Interessen nicht
zu beruhigen, heunruhigt das Cabinet die moralischen
Interessen; es genügt ihm nicht, die Geldbörse der
Franzosen gegen sich zu haben, es will auch noch ihr
Gewissen sich zum Feinde machen“, sagt der Français.

„Ist das Gesetz Gambetta-Ferry“, fragt die Ga-
zette de France, „mehr lächerlich als abschrecklich? Wir
wiederholen aber: um zu glauben, daß französische
Kammern dieses Gesetz votiren werden, müßte man
annehmen, daß wir auf die letzte Stufe des Verfalls
gesunken sind.“

Der Zolltarifausschuss hielt heute eine sehr
wichtige Sitzung, namentlich wurde die Frage der
Beibehaltung oder Abschaffung der Handelsverträge
besprochen. Dr. Richard Waddington sprach gegen
die Erneuerung der Verträge; die Herren Nouvel
und Melme sprachen dagegen für das System der
Handelsverträge. Bei der Abstimmung votirten 22 Mit-
glieder für die Aufrechterhaltung der Verträge und
nur 3 gegen dieselben.

— Der Kölnerischen Zeitung schreibt man aus Paris
vom 19. März: „Die Gambettisten haben beschlossen,
Waddington und das Cabinet vorläufig zu halten,
denn die Osterferien stehen vor der Thür; die Existenz
des Cabinets ist also auf zwei Monate hinaus gesichert.
Es ist keine Frage, daß der Abgang Waddington's
in den letzten acht Tagen wiederholt besprochen ward;

wenn Waddington trotzdem bleibt, so bringt er damit
seinem Lande ein Opfer, welches um so größer ist,
als er nie nach Amt und Würden gezeigt hat. — Von
wohlunterrichteter Seite wird mit mitgetheilt, daß
Grévy die Amnestie höchst wahrscheinlich auch auf
Nochefort ausdehnen wird.“

Großbritannien.

+ London, 19. März. Ein weiteres Blattbuch
über die Türkei wurde gestern Mittag veröffent-
licht. Dasselbe umfaßt über 300 Seiten mit 354
Depeschen vom 18. Sept. bis zum 10. Dec. ver-
flossenen Jahres. Einige Depeschen beziehen sich auf
die Aeußerungen des Fürsten Dondułow gegenüber
Lord Donoughmore und die hierauf bezüglichen Vor-
stellungen bei der russischen Regierung, auf die üble
Behandlung der Mohammedaner durch die Bulgaren
und die Insurrection in Macedonia. Sir A. H.
Layard telegraphirt unter dem 2. Oct. an Lord Salis-
bury, daß er am gleichen Tage dem russischen Bot-
schafter die vom Fürsten Dondułow geführte Sprache
hinterbracht habe; Fürst Lobanow habe erwidert, daß
derselben keine Wichtigkeit beizumessen sei; es seien die
letzten Worte des Kaisers vor seiner Abreise von Livo-
dia gewesen, daß er fest auf der loyalen und genauen
Ausführung des Berliner Vertrages in allen seinen
Einzelheiten bestehen werde. Die Unterredung Lord
Donoughmore's mit dem Fürsten Dondułow-Korsatow
fand in Philippopol statt und wurde in einer Einlage
Sir H. Drummond Wolff's wiedergegeben, welche dem
Auswärtigen Amt am 4. Oct. zuging. Am 21. Sept.
beschrieb Lord Donoughmore, daß er einen langen Besuch
des Kaiserlich russischen Commissars erhalten habe, wel-
cher ihm um die Gewährung einer Privataudienz ge-
beten habe. Hierauf habe ihm der Fürst auss be-
stimmt erklärt, daß er dem englischen Programm —
was es auch möge — jede nur mögliche Schwie-
rigkeit in den Weg legen werde; es sei nutzlos, sich
zu verstehen und zu verhehlen, daß offene Gegnerschaft
zwischen beiden herrsche. Der Berliner Vertrag sei
ein Unding; derselbe sei, nebst der Rhodope-Com-
mission, der ostrumelischen Commission und allem, was
seit dem Congress geschehen, höchstens mit den Posten
Offenbach's und andern Schnurrpfeilereien zu vergleichen.
Lord Donoughmore hielt es nicht für seine
Pflicht, auf die Bemerkungen des Fürsten einzugehen.
Lord Salisbury schrieb am 15. Oct. an Lord Loftus
und wies denselben an, die Angelegenheit zur Kennt-
nis des Hrn. de Giers zu bringen, da sie die Auf-
merksamkeit der russischen Regierung verdiente. Dr.
Giers drückte gleichfalls sein Bedauern und Erstaunen
über den Bericht aus, wies aber darauf hin, daß
Fürst Dondułow nur als Privatmann gesprochen habe.
Es sei die Absicht des Kaisers, den Bestimmungen des
Berlin Vertrages den gehörigen Respect zu ver-
schaffen.

Türkei.

Neben den Stand der griechischen Frage er-
fährt die National-Zeitung von zuverlässiger Seite
das Folgende: „Alle Mächte sind in der griechischen
Frage gegenüber der Türkei einig. Frankreich und
Deutschland haben sich zunächst im Einverständniß
mit der größten Lebhaftigkeit zu Gunsten Griechen-
lands ins Mittel gelegt; England hat sich soeben
diesen Mächten mit einem schärfer ausgeprägten guten
Willen in demselben Sinne angeschlossen; Russland,
Italien und Österreich folgen mit einem zwar
abgeschwächten, aber immer hinreichenden Interesse.“

— In einem Briefe aus Beirut vom 10. März
schreibt ein Correspondent der Petersburger Zeitung:

Ich erlaube mir heute Ihnen einiges über die Thätig-
keit Midhat-Pascha's, des Generalgouverneurs (Bali)

von Syrien, mitzuteilen. Nicht selten kommt es vor, daß

sich dieser „exemplarische“ Herr versteckt und ohne alle Be-
gleitung in Gerichtsäle, Moscheen, auf Marktplätzen &c. be-
gibt, um das Leben und Treiben in seiner Capitale, ins-
besondere auch um das Urtheil des Peute über seine eige-
ne Person und Amtsführung aus eigener Aufschauung und aus
direkter Quelle lernen zu können. Er inspiriert auf solche
Weise die Polizei, die Nachtwache &c., und wehe, wenn diese
Organe ihre Function ungerecht oder fahrlässig ausführen.
Er kann sehr mild, freundlich und leutselig, aber auch
excessiv streng sein; jedenfalls sucht er ein stammes, ge-
ordnetes Regiment herzustellen und aufrecht zu erhalten, das
sich ordentlich respektirt wird. Aus allen Vilajetegenden
dringen täglich massenhafte Klagen und Bittschriften aller
Art telegraphisch und dristlich zu ihm, und es ist evident
erwiesen, daß er nicht nur jedes an ihn gerichtete Tele-
gramm und jeden Brief eigenhändig öffnet, sondern auch,
daß er sich jeder noch so kleinlich scheinenden Sache
eingehend annimmt. Überall, von wo Klagen &c. nament-
lich über Beamte einlaufen, ordnet er strengste Untersuchung
durch die nächsten Vorgesetzten an und weiß den Schuldigen
zu bestrafen, den Beamten sowohl wie auch den frivolen
Kläger. Infolge vielseitiger Beschwerden z. B. über einen
Pascha, der, ein notorischer Räuberhauptmann, sich im
Laufe einiger Jahre einige Millionen francs gemacht haben
soll, hat er diesen Beamten an die Lust gesetzt, trotzdem
derselbe persönlich vor ihm erschien und mit seinem Geld
alles machen zu können glaubte. Die Aufgabe Midhat's
wird durch unverlaßliche Unterbeamte erschwert; bereits hat
Midhat um einen guten Beilegal angefucht; auch gedenkt
der neue Gouverneur sich vom Sultan auf fünf Jahre be-
stätigen und sich das Recht zur selbständigen Ernennung
seiner Beamten ertheilen zu lassen. Nächstens bereit Midhat

das ganze Vilajet, wobei er natürlich das Incognito, welches
er bei seinen Forschungsreisen liebt, nicht wird beibehalten
können.

Königreich Sachsen.

Das Dresdner Journal berichtet aus Dresden:
„Se. Maj. der König hat für Szegedin der hiesigen
I. österreichisch-ungarischen Gesandtschaft 3000 M.
überweisen zu lassen geruht.“

+ Dresden, 20. März. In der gestrigen Sitzung
des Stadtverordnetenkollegiums nahm dasselbe
die Wahl des dritten beförderten Rathsmitgliedes an
Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Küsten vor.
Hierzu lag ein Gutachten vor, wonach der Titel Bürger-
meister für das dritte beförderte Rathsmitglied weg-
fallen soll. Das Collegium war damit einverstanden
und nachdem ein Antrag auf Vertragung der Wahl
abgelehnt worden war, wurde die Wahl vorgenommen.
Das Resultat war, daß Stadtrath Leucher mit 40 von 65 Stimmen zum dritten beförderten
Stadtrathe gewählt wurde. In derselben Sitzung
wurde ein Antrag angenommen, wonach die Anlage
eines neuen Friedhofs bei Blasewitz als unerignet be-
zeichnet, dagegen die nötige Erweiterung des Trinity-
kirchhofes auf dem Areal des Birkenwäldchens an-
zulegen empfohlen wird.

□ Dresden, 19. März. Die hier vielbesprochene
Frage wegen Beleuchtung des Großen Gartens war
Gegenstand der Verhandlung in der letzten Plenar-
sitzung des Rathes. Die Zweckmäßigkeit der Be-
leuchtung des Gartens steht außer Frage und sind
auch schon von verschiedenen Seiten Gefüche deshalb
an den Stadtrath und an den Fiscus, dem der Gar-
ten gehört, gerichtet worden. Neuerdings war nun
wieder von den Bewohnern des Großen Gartens ein
Gefüch um Beleuchtung der Wege desselben an den
Rath gerichtet worden. Der Beleuchtungsausschuss
hat zunächst die Frage in Erwägung gezogen, ob die
Ausdehnung der städtischen Gasbeleuchtung bis zu dem
Eingange des Großen Gartens jetzt schon als erforderlich
zu erachten sei, der Ausschuss hat sich jedoch in
Rücksicht auf den abends dort unbedeutenden Verkehr
nicht dafür zu entschließen vermocht. Ebenso wenig
sei eine auch nur theilweise Beleuchtung des Großen
Gartens auf Kosten der Stadt ins Auge zu fassen.
Auch in der Mitte des Rathes waren die Bedenken
gegen die Beleuchtung des dem Staatsfiscus gehörenden
Gartens ausschlaggebend und wurde das Gefüch
abgelehnt. Ebenso wurde aber auch der hierbei ge-
stellte Antrag, die Lennéstraße in ihrer ganzen Aus-
dehnung von der Pirnaischen Straße bis zur Bür-
gerwiese, beziehentlich Gellerstraße mit Gasbeleuch-
tung zu versehen, abgelehnt. Der hier bestandene Ver-
schornerungsverein für Neu- und Antonstadt hatte nach
seiner Auflösung das vorhandene Vermögen dem Rath
mit der Bestimmung überwiesen, dasselbe nur für die
Verschönerung der Neu- und Antonstadt zu verwenden.
Der Rath beschloß, den auf 1823 M. ange-
wachsenen Fonds zur Verschönerung des Albertplatzes
(selbst Baulauerplatz) und zur Anpflanzung von
Strauch- und Blumengruppen in der Nähe des Albert-
Theaters zu verwenden. Die Stadtverordneten hatten
bei Beratung des Haushaltplanes vorgeschlagen, die
Position für Trottoirregulierungen von 20000 M. auf
30000 M. zu erhöhen, dagegen die Position für
Reinhaltung der Straßen und Plätze von 45000 M.
auf 40000 M. herabzusetzen. Der große Schwefel
und der damit verbundene Aufwand hat natürlich die-
sen Vorschlag gegenstandslos gemacht und beschloß der
Rath, diese Positionen in der eingestellten Höhe aufrecht
zu erhalten.

— Auch seitens Dresden's, dessen Ehrenbürger be-
kanntlich der Generalfeldmarschall Graf Moltke ist,
war demselben eine Glückwunschnadresse zu seinem sechzig-
jährigen Dienstjubiläum zugegangen. Hierauf ist von
dem Jubilar folgende Antwort eingegangen:

Berlin, 14. März 1879. Der Rath und die Stadtverordneten der Residenzstadt Dresden haben aus Anlaß
meines Dienstjubiläums Worte des Wohlwollens und der
Anerkennung an mich gerichtet, die mich freudig bewegen.
Wenn Deutschland durch treue Pflichterfüllung alter seiner
Söhne endlich die lange ersehnte Einheit begrüßte, so wird
fortan das Reich die Wahrung des Friedens in Europa als
seine weltgeschichtliche Aufgabe lösen. Unter seinem mächtigen
Schutz möge auch die Königstadt an der Elbe in
wachsender Schönheit blühen. Mit diesem Wunsche sei es
mir gestattet, meinen dortigen Bürgern den aufrichtigen
und herzlichsten Dank für ihre Theilnahme auszusprechen.
Hochachtungsvoll ergebenst

Graf Moltke, Generalfeldmarschall.
An den Rath und die Stadtverordneten der königlichen
Haupt- und Residenzstadt Dresden, zu Händen des
Hrn. Dr. Südel zu Dresden.

* Leipzig, 21. März. Die heute veröffentlichte
Quittung über die für die Hülfsbedürftigen in Szegedin
bei den verschiedenen Sammelstellen eingegangenen Beiträge weist bis jetzt eine Gesamtkasse von
17810 M. auf.

** Leipzig, 19. März. Mit Freuden können wir be-
richten, daß das gestrige Concert zum Besten der Kranken-
und Unterstützungsstätte des Leipziger Musikervereins

Von dem eine große Zahl Mitglieder das Opernorchester repräsentiert, sehr gut besucht war. Dennoch würde es wohl vortheilhaft für diese Kasse sein, wenn das Benefizconcert gleich zu Anfang der Saison gegeben würde, bevor man zu viel Musik gehört, denn es hätten auch gestern noch einige Pläne bestehen können. Die Besucher des Concerts werden sicherlich mit Begeisterung zu Hause gegangen sein, denn alles Gebotene wurde meistens recht gut ausgeführt. So z. B. gleich anfangs die Ouverture zum „Sommerabendtraum“ von Mendelssohn, wo nur einige Accorde der Rohinstrumente nicht ganz rein intonirt waren. Das uns aus dem Gewandhouse schon bekannte Fr. Wilhelm Gips sang eine Arie aus Rossini's ziemlich verschollener Oper „Gazza Ladra“ („Die bösische Ester“) in italienischer Sprache. Ihre wohllingende, coloraturfertige Stimme wurde leider durch zu viele Gaumenlängen beeinträchtigt; das „Mezzo voce“ sang sie mehr in den Mund hinein als heraus. Merkwürdigweise war dies beim Vortrage ihrer deutschen Lieder (Schubert's „Am Meer“, Jensen's „Nurmelndes Blüschchen“) nicht der Fall, hier klang die Stimme rein und schön, folglich war jedenfalls das ihr ungewohnte Italienisch die Ursache des Gaumenlangs. Die Sängerin thäte also wohl, lieber in ihrer Muttersprache zu singen. Welchen Anfang sie mit deutschen Liedern fand, konnte ihr der anhaltende Beifall und Bevorrat bestätigen, wodurch sie noch zu einer Zugabe veranlaßt wurde. Die andere Solistin des Abends, die Pianistin Fr. Anna Döck aus Newyork, trat mit Chopin's F-moll-Concert in die Arena. Technisch überwältigte sie fast alle Schwierigkeiten, nur die geistige Wiedergabe ließ noch manches zu wünschen; die schönsten, poetenvollen Stellen flangen oft wie Glücksfallen. Ihre bedeutende Virtuosität manifestierte sie noch in einer Polonaise von Beethoven, Romanze von Schumann, Tarantelle von Rubinsteink sowie in einem Impromptu von Chopin. Die noch sehr jugendliche Künstlerin berechtigt zu den schönsten Hoffnungen, wenn dieselbe sich noch mehr geistig in den Ton gehalt zu vertiefen sucht und auch das Herz etwas mitmachen läßt. Beethoven's Pastoralsymphonie bildete den Schluss des interessanten Concerts. Mit Ausnahme einiger weniger gelungenen Horn- und Fagottönen därfen wir die Ausführung als eine ganz vorzügliche bezeichnen. Das Orchester hat überhaupt in dieser Saison wieder höhere Anforderungen entsprochen, sodas sich die wackern Künstler ehrenvoll Anerkennung erworben haben.

* Leipzig, 21. März. Nachdem unserm Museum für Völkerkunde die umfassende und kostbare Sammlung der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens in Tokio einverlebt und aufgestellt worden ist, kann dieselbe nächsten Sonntag von 11—1 Uhr in Augenschein genommen werden; ebenso die auf der pariser Weltausstellung erworbene Gegenstände.

— Das Sächsische Wochenblatt berichtet aus Leipzig: „Zu den am 6., 7. und 8. März abgehaltenen theologischen Candidatenprüfungen hatten sich überhaupt 18 Candidaten angemeldet, von denen jedoch einer noch vor Beginn der Klausuren zurücktrat. Von den übrigen 17 Candidaten erhielten 5 die zweite Censur „Sehr wohl“, 6 die dritte Censur „Wohl mit Auszeichnung“ und 6 die dritte Censur „Wohl.“

Handel und Industrie.

+ Berlin, 20. März. Das französische Journal officiel vom 18. März enthält folgenden Artikel: „Gegenwärtig liegt in Paris eine internationale Konferenz unter dem Vorsitz des Hrn. Cochery, Minister der Posten und Telegraphen. An derselben nehmen Vertreter der deutschen, belgischen, niederländischen, spanischen, portugiesischen und französischen Postverwaltungen teil. Die an dem internationalen Transitverkehr beteiligten deutschen, niederländischen, belgischen, spanischen und französischen Eisenbahngesellschaften sind gleichfalls auf der Konferenz vertreten. Dieselbe hat zum Zweck eine Beschleunigung in der Verförderung der Correspondenz aus Deutschland und den übrigen Ländern Europas nach Südfrankreich, Spanien, Portugal und denjenigen überseischen Ländern herbeizuführen, nach welchen der Postverkehr durch die von Bordeaux und von Lissabon ausgehenden Dampfschiffe vermittelt wird. Diese Correspondenzen treffen gegenwärtig in Paris um 9 Uhr 5. Min. abends ein und gehen erst am folgenden Morgen weiter. Zwischen den verschiedenen Beteiligten ist ein Einvernehmen erzielt worden; infolge der auf dieser Konferenz geschlossenen Maßregeln werden die betreffenden Eisenbahngesellschaften darum darstet zusammenzuschließen, daß die französische Postverwaltung im Stande sein wird, die von Norden kommenden Correspondenzen ohne Aufenthalt nach dem Süden weiter zu senden.“ Das Ergebnis dieser Konferenz ist für den Briefverkehr aus Norddeutschland, besonders aus Berlin und Hamburg, insoffern sehr wichtig, als namentlich für die Correspondenzen nach Bordeaux beziehentlich Spanien und Portugal eine Beschleunigung bis zu 24 Stunden erreicht wird. Es kommt dazu, daß vor einiger Zeit als Vorläufer der pariser Konferenz in Wien Vereinbarungen zwischen den beteiligten Post- und Eisenbahnverwaltungen stattgefunden haben, durch welche für die Verbindung Konstantinopel (beziehentlich Odessa) Berlin in Zukunft ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Berlin-pariser Nachkurierezug geschaffen worden ist. Bei Mitberichtigung der hierdurch erlangten weitern Vortheile ergibt sich für den betreffenden Briefverkehr eine Beschleunigung bis zu 48 Stunden.

>> Berlin, 20. März. Der Finanzminister hat in Bezug auf die beschädigten und unbrauchbar gewordenen Reichsscheine eine Befanntmachung erlassen, in welcher er die vom Bundesrat über diesen Gegenstand gegebenen Bestimmungen weiter präzisiert. Danach haben sämtliche Reichs- und Landeskassen die ihnen bei Zahlungen angebotenen beschädigten oder sonst unbrauchbar gewordenen Reichsscheine, deren Umlaufsfähigkeit jedoch noch zweifellos ist, anzunehmen, aber nicht wieder auszugeben, sondern an folgende Sammelsstellen abzuliefern: an die Reichsbank, oder an die Oberpostkassen, oder an die Generalstaatskasse, oder an die Regierungskassen. Die Reichsscheine werden von diesen Kassen eingetauscht gegen umlaufsfähige Reichsscheine. Anträge auf Ertrag für Reichsscheine, welche von zweifelhafter Umlaufsfähigkeit sind an die Reichsbankverwaltung zu richten.

++ Leipzig, 21. März. Die am heutigen Morgen im Saale des Kaufmännischen Vereins abgehaltene ordentliche

28. Generalversammlung der Actionäre der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt war von 76 Actionären mit 6129 Aktien und 271 Stimmen besucht. Die Anträge der Verwaltung wurden ohne Widerspruch genehmigt, somit auch die Berechnung einer Dividende von 4 Proc. und einer Superdividende von 2½ Proc. Einige von Fr. Amy Félix gestellte Anträge auf ausführliche Veröffentlichung der Konten für Effecten und Diverse fanden nur einige wenige Stimmen für sich.

* Leipzig, 21. März. Die Sächsische Bank hat den Disconto auf 3, den Lombardzinssatz auf 4 Proc. herabgesetzt.

* Bremen, 20. März. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,70 per April 8,75, per Mai 8,80, per August—December 9,60.

* Antwerpen, 20. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 22 1/2 bez. 22 1/2, Br., per April 22 1/2, Br., per September 24 Br., per September—December 25 Br. Ruhig.

* Liverpool, 20. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhiger. Middle American April-Mai-Lieferung 5%, Mai-Juni-Lieferung 5 1/2%. D.

Upland good ordinary 5%, Upland low middl. 5 1/2%, Upland middl. 5%, Mobile middl. 5%, Orleans good extra. 5%, Orleans low middl. 5%, Orleans middl. 5%, Orleans middl. fair 5%, Yermat fair 6%, Santos fair 5%, Babia fair 5%, Macao fair 6%, Maranhão fair 6%, Egyptian brown middl. 5%, Egyptian brown fair 7%, Egyptian brown good fair 8%, Egyptian white middl. 7%, Egyptian white fair 7%, Egyptian white good fair 7 1/2%, Smyrna fair 5, M. G. Broad fair 4 1/2, Dhollera middl. 3, Dhollera good middl. 3 1/2, Dhollera middl. fair 4, Dhollera fair 4 1/2, Dhollera good fair 4 1/2, Dhollera good 5%, Domra fair 4 1/2, Domra good fair 4%, Domra good 5%, Scinde fair 3 1/2, Bengal fair —, Bengal good fair 4%, Madras Linnevelly fair —, Madras Linnevelly good fair 4%, Madras Western fair 4, Madras Western good fair 4 1/2%.

* Bradford, 20. März. Wolle thätiger, Preise anziehend, wollene Garne besser, wollene Stoffe unverändert.

Russische Valuta höher.

* Leipzg, 21. März. Die gesetzige mäßige Stimmung der Börse war bereits heute wieder einer sehr leichten gewichen, welche hauptsächlich durch hohe auswärtige Kurse herverursacht wurde; auch übte die Herabsetzung des Disconto und Lombardzinssatzes auf 3 bezüglichlich 4 Proc. geringen Einfluß.

Sächsische, Preußische und Reichskreditenkundschaft sowie Österreichische und Russische Anleihe höher in gutem Vertrage; ebenso auch Leipziger Anleihe.

Bon Eisenbahnen waren heute Aussig-Leipziger, Bischlebener A., Turnauer etwas billiger, dagegen Rumänier, Galizier, Halberstädter, Anhalter, Bergische und Thüringertheile Kleinbahnen besser.

Bon Bausachen Leipziger Credit, Berliner Disconto und Deutsche Bank ledhabt und höher in Posten gebunden; auch Leipziger Bank, Dresden, Gerae und Weimarische Bank gut zu lassen.

Die deutschen Prioritäten mangelten Abgeber, von österr.

reichischen Aussig-Leipziger, Bischlebener, Prag-Turnauer, Bodenbacher, Galizier und Böhmisches Nordbahntheile höher, dagegen Pilzen-Priesen und Prag-Dux etwas billiger, aber gut zu lassen.

Bon Industrieaktionen Jürgens und Gohliser erstere höher gefüllt.

Russische Valuta höher.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Berlin, 21. März. Der Reichsbankdiscont ist auf 3, der Lombardzinssatz auf 4 Proc. herabgesetzt.

* Versailles, 20. März. Die Deputirtenkammer erklärte heute die Wahl Granier's de Cassagnac für gültig und nahm die von dem Deputirten Bert eingebrachte Vorlage betreffend die Gründung von Normalschulen an. — Die Mitglieder der zur Beratung der Gesetzentwürfe des Unterrichtsministers Herr gewählten Commission sind bis auf zwei gänzlich für diese Vorlagen gültig bestimmt.

* Paris, 20. März. Gute Vernehmungen nach gelangt morgen ein neues Decret zur Unterzeichnung, wodurch abermals 120 wegen Theilnahme an dem Communeaufstande Verurteilte begnadigt werden. Unter den Begnadigten befinden sich unter andern Humbert, Melville und Bloncourt. — Der Temps erklärt alle Mittheilungen über angebliche Meinungsverschiedenheiten im Cabinet und bevorstehende Umbildungen derselben sowie von einer zwischen Gambetta und Präsidenten Grévy stattgehabten Befreiung für unbegründet.

* Paris, 21. März. Das Journal officiel meldet: „Die schwimmende Batterie ist am Mittwoch auf der Rhône vor den Hyèreschen Inseln während des Sturmes umgeschlagen; von 122 Personen wurden 80 gerettet.“

* London, 20. März. Unterhaus: Auf eine Anfrage Montagu's erwiderte der Schafpanzer Northcote, er habe keine offizielle Kenntnis von einer Bewegung von russischen Truppen in der Gegend des Kaspiischen Meeres, er habe aber sonst davon gehört, die Bestimmung der gedachten Truppen sei ihm nicht bekannt.

* London, 20. März abends. Von der Regierung ist heute die neuendige zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Lord Salisbury und dem russischen Reichsaußenminister Fürsten Gortschakow geschlossene diplomatische Correspondenz veröffentlicht. Die Depesche Lord Salisburys vom 26. Jan. stimmt mit dem am 11. März von Wien veröffentlichten Text überein. In der vom 8. Febr. datirten Antwort des Fürsten Gortschakow heißt es, er wolle auf keinerlei Polemik eingehen, da er das Mögliche und Praktische einer solchen nicht einzusehen vermöge. Uebrigens enthalte die Depesche Lord Salisburys nichts, was nicht im Prinzip mit der Art und Weise übereinstimme, in welcher die russische Regierung die Ausführung des Berliner Vertrags ansiehe. Die Depesche lasse aber erkennen, daß die englische Regierung sich einigemal über die Absichten der russischen Regierung und diejenigen ihrer politischen Agenten getäuscht habe. Der Berliner Vertrag habe Prinzipien aufgestellt, deren Auslegung und Anwendung Meinungsverschiedenheiten hervorruft könne. Die russischen Agenten seien durch den Gang der Ereignisse dazu berufen, innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages die Interessen der Bevölkerung zu wahren, zu deren Vertheidigung Russland den Krieg geführt habe. Die russische Regierung glaube, daß das allgemeine Einverständniß (entente) sehr erleichtert werden würde, wenn diese Bevölkerungen andererseits die Überzeugung gewinnen, daß ihre Interessen innerhalb der nämlichen Vertragsgrenzen wirklich gesichert sein würden, sobald die russischen Truppen nicht mehr da seien, um dieselben zu beschützen. Alles, was die englische Regierung und ihre Agenten als möglich und geeignet erachten würden, um den Bevölkerungen Vertrauen, Mäßigung und Resignation einzuflößen und so eine billige und friedliche Ausführung des Berliner Vertrages herbeizuführen, werde der Unterstützung Russlands begegnen. Der Depesche des Fürsten Gortschakow ist eine Notiz beigegeben, welche mehrere thathähliche Bemerkungen zu verschiedenen in der Depesche Lord Salisburys erwähnten Punkten enthält.

Vollwicht. Preuß. K. Russ. wicht. 39. Franz.-Stück. do. Kaiserliche Duk. Gold pr. Zollfuß. Zerschnitte. D. Silber pr. Bad-Pf. Oesterreichische. do. 1/4 Gu. do. Silber. do. Bank. Banknoten der königl. bank-Ges. Elsenb.-B. Altona-Bad-Pf. Ansigt.-Teplitz. Bergisch-Märk. Berlin-Anhalt & Berlin-Dresden. Berlin-Görlitz. Berlin-Potsdam-M. Amsterdam 21. Paris 21. Recht. dem Herrn G. Alt. Blatt von P.



Oberschlesische Eisenbahn.

Nachdem die Königliche Staats-Regierung zu der in der Generalversammlung der Wilhelms-Eisenbahn-Gesellschaft vom 27. März 1872 und der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft vom 26. Juni 1872 beschlossenen Einladung der im Umlauf befindlichen Prioritäts-Obligationen der Wilhelms-Eisenbahn-Gesellschaft ihre Zustimmung ertheilt hat, kündigen wir hierdurch zur Rückzahlung des Nominalwertes

zum 1. Juli 1879

- a) die auf Grund der Allerhöchsten Bestätigungs-Urkunde vom 19. April 1847 und bezw. des Allerhöchsten Privilegii vom 17. November 1852 (Gef. S. 1847 pag. 203 seq. und 1852 pag. 722 seq.) emittirten vierprozentigen Prioritäts-Obligationen der Wilhelms-Eisenbahn-Gesellschaft. (I. Emission.)
- b) die auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 9. August 1853 (Gef. S. 1853 pag. 669 seq.) emittirten vierprozentigen Prioritäts-Obligationen der Wilhelms-Eisenbahn-Gesellschaft. (II. Emission.)

Die Zahlung der Valuta erfolgt von dem vorbezeichneten Termine ab an den Wochentagen

- 1) bei unserer Haupt-Kasse hier selbst und bei der Stations-Kasse in Ratibor in den Geschäftsstunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags,
- 2) in Berlin bei der Disconto-Gesellschaft, bei der Bank für Handel und Industrie und bei S. Bleichröder in der Zeit vom 1. bis ult. Juli d. J.

gegen Auszahlung der Obligationen und der dazu gehörigen nicht fälligen Coupons.

Mit dem vorbezeichneten Rückzahlungstermine hört die Bezeichnung der betreffenden Obligationen auf.

Für fehlende Coupons, welche erst nach dem Rückzahlungstermine fällig werden, wird der Betrag derselben von dem Kapital der Obligation in Abzug gebracht.

Den zur Einlösung präsentirten Obligationen ist ein nach der Nummerfolge geordnetes Bezeichn. zu welchem vorher bei unserer Haupt-Kasse und bei den vorgenannten Einrichtungen in Berlin und Ratibor Formulare ausgegeben werden, beizufügen.

Breslau den 15. März 1879.

[1704] Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Soeben erschien:

Illustrirter Katalog

der

Pariser Weltausstellung von 1878.

Bericht über die hervorragendsten Gegenstände der Kunstindustrie, Bau- und Maschinentechnik.

Unter Mitwirkung competenten Berichterstatter herausgegeben von

W. H. Uhland.

In Lieferungen zum Preise von je 2 Mark.

Elfte Lieferung.

Sämtliche bis jetzt erschienene Lieferungen haben den grössten Beifall gefunden und dem Werke einen durchschlagenden Erfolg gesichert. Es wird namentlich als ein grosser Voraug vor den Veröffentlichungen über die früheren pariser und londoner Weltausstellungen anerkannt, dass diemal den Erzeugnissen der Technik und des Maschinebaues der gleiche Raum in Bild und Wort gewidmet ist wie denen der Kunstindustrie.

In allen Buchhandlungen sind die vorliegenden Lieferungen nebst einem illustrierten Prospect zu haben und werden Bestellungen auf das Werk ausgeführt. [360]



50/80000 Mark gesucht
gegen Accept und erste Hypothek auf ein Fabrik-Grundstück im jehnschen Werke. Offert u. sub. J. W. 4575 erbettet an **Rudolf Mosse**, Berlin, SW. [71-2]

Dampferverbindungen
zwischen Stettin und Colberg, Stolpmünde, Danzig, Elbing, Königsberg i. Pr., Tilsit, Libau, Riga, St. Petersburg, Kopenhagen, Gothenburg, Christiania, Flensburg, Kiel, Hamburg, Bremen, Antwerpen, Hull, London, Middlesbrough o/Tees u. terhält regelmässig. [560-69]
Rud. Christ. Gribel in Stettin.

Leipziger Tageskalender
vom 22. März.

Bibliotheken:
Universitäts-Bibliothek 11-1 Uhr. Das Lesezimmer geöffnet von 10-1 Uhr.
Stadt-Bibliothek 3-5 Uhr.

Volksschule IV. (Ritterg. 6, II.) 7-9½. **Städtisches Museum** (Entree 50 Pf.). 10-3 Uhr.

Mineralogisches Museum 10-12 Uhr. **Pharmacognostisches Museum**, Universitätsstraße 20, 1-3 Uhr.

Zoologisches Museum im Augusteum (jeden Mittwoch u. Sonnabend) 1/2, 10-12 Uhr.

Kunst- Gewerbe-Museum und **Borsig-**
versammlung für Kunstgewerbe, Tho-

Reantwortlicher Redakteur: Prof. Dr. Karl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brodhans in Leipzig.

masfleischhof 20, Sonnt. 10 bis 1, Mont., Mittwo. u. Freitag 11 bis 1 Uhr Mittags unentgeltlich geöffnet. — Unentgeltl. Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für funktive Arbeiten an allen Wochentagen Mittags 1/2-1 Uhr.

Del Vecchio's Kunstaustellung (Kaufhalle 10-4 Uhr).

Telegraphenanstalten:

1. Kaiserl. Telegraphenamt (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht). Kleine Fleischergasse 5.
 2. Telegraphenzweigamt auf d. Börse, Nachmarkt (geöffnet 11 U. B.-3/4 U. Nächtm.)
 3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl.
 4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahnh.
 5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Bairischen Bahnh.
 6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlstraße.
 7. Kaiserl. Postamt Nr. 6, in der Böttcherstraße.
 8. Kaiserl. Postamt Nr. 7, am Ronst. Steinum.
 9. Kaiserl. Postamt Nr. 8, auf d. Elbene. Bahnh. (Die unter 3-9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tagesservice.)
- Neues Theater. Besichtig. d. inneren Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector. Motette (Thomastische 1/2 Uhr).



Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Emil Reiser in Leipzig mit Fr. Thella Krause in Colby. — **Hr. Dr. H. Howard** in Leipzig ein Sohn. — **Hr. Oberzollinspektor Kersten** in Annaberg ein Sohn. — **Hr. Felix Wendheim** in Leipzig eine Tochter. — **Hr. Lehrer Emil Schreiber** in Leipzig ein Sohn. — **Hr. Otto Schulz** in Plagwitz ein Sohn.

Oeffentliche Handelslehranstalt zu Leipzig.

Beginn des 49. Schuljahres am 18. April d. J. Die Reifezeugnisse der Anstalt berechtigen zum einjährig-freiwilligen Dienst. In der höheren Abteilung (3jähriger Kursus) Schulgeld für Angehörige des Deutschen Reiches

240 M. für die 3., **300 M.** für die 2., **360 M.** für die 1. Klasse.

Die Anstalt eröffnet zu Ostern einen fachwissenschaftlichen Kursus von Jahren, bei 30 Lehrstunden in der Woche, für Schüler, welche sich den Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienst bereits erworben haben. Schulgeld 240 M.

Anmeldungen richten man gefälligst an den Director der Anstalt

Carl Wolfrum.

[525-27]

Soeben erschien das 159. Heft von Brodhans' Conversations-Lexikon.

Zwölfe Auflage.

180 Heft zum Subscriptionspreise von 50 Pf.

Das Werk ist auch in 15 Bänden (Preis des Bandes geb. 6 Mark, in Halbfranzband 7½ Mark) zu begießen. Der erste bis dreizehnte Band (1-
Stabilität) liegen bereits vollständig vor.

Unterzeichnungen nehmen alle Buchhandlungen an.

Abonnements-Einladung.

auf die

Elberfelder Zeitung.

Mittag- und Abend-Ausgabe.

(Erscheint wöchentlich 12 Mal.)

Wir erlauben uns, zu rechtzeitigen Abonnement für das zweite Quartal des Jahres 1879 einzuladen.

Die "Elberfelder Zeitung" ist in der Lage, durch die Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit des von ihr gebotenen Stoffes die sämmtlichen Kreise ihrer Leser zu befriedigen. Durch ihre zahlreichen politischen Original-Correspondenzen und Telegramme ist sie im Stande, über alle wichtigen Tagesfragen in eingehender Weise und möglichst rasch Bericht zu erstatten. Zugleich wird sie es sich angelegen sein lassen, ihre Leser über die politische Lage durch gelegene Leitartikel von freisinnigem und nationalem Gesichtspunkte aus zu orientieren.

Dem provinziellen Theil der Zeitung wird die größte Aufmerksamkeit gewidmet. In allen Gegenden Rheinlands und Westfalens sind zu diesem Behufe zuverlässige Correspondenten gewonnen.

Wie bisher, wird die "Elberfelder Zeitung" auch ferner bestrebt sein, über außergewöhnliche Ereignisse durch besondere an Ort und Stelle gesandte Reporterneinen alles Wissenswerte zu bieten.

Im "Wirtschaftlichen Sprechsaal" der "Elberfelder Zeitung" finden die auf der Tages-Ordnung stehenden handelspolitischen und wirtschaftlichen Fragen stets der zunächst Bedeutung eine allseitige Bedeutung.

Das Feuilleton wird in der Mittags-Ausgabe grössere Erzählungen aus der Feder unserer Schriftsteller veröffentlicht, während das Abend-Feuilleton kleinere Erzählungen und zeitgemäße Aussäge mannigfaltigen Inhalts bringen wird.

Der Abonnementspreis der "Elberfelder Zeitung" beträgt für das Quartal in der Expedition hier und in Barmen (bei W. Langewiesche's Buchhandlung) Mark 6, 50 Pf., in II.-Barmen Mark 6, 75 Pf., bei den Kaiserlichen Postämtern in Deutschland Mark 7, 75 Pf. Die Insertions-Gebühren betragen für die einsätzige Seite oder deren Raum 30 Pf. Reclame werden pro Seite mit 1 Mark, von Actien-Gesellschaften aufgehend mit 2 Mark berechnet. Briefe werden franco erbeten.

Elberfeld, im März 1879.

[600-91] **Verlag der "Elberfelder Zeitung".**

Kaiserlich Deutsche Post. [700]

Hamburg-Amerikanische

Packetsfahrt-Aktion-Gesellschaft.

Directe Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York,

Hävre anlaufend.

Frisia 9. April. Lessing 28. April.

Herder 2. April. Gellert 16. April. Silesia 30. April.

Von Hamburg jeden Mittwoch, von Hävre jeden Sonnabend, Morgens.

Während der geschilderten Postschiffe werden die Passagiere auf dem See nicht aufgehalten.

Die Postschiffe verkehren zwischen Hävre und New-York.

Die Postschiffe verkehren zwischen Hävre und New-York.